

Jürgen Kaube

Soziologie

Vorüberlegungen.....	256
1 Die Differenzierung der sozialistischen Gesellschaft.....	259
2 Rahmenbedingungen.....	264
2.1 Institutionelle Verankerung der Disziplin.....	264
2.1.1 Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.....	265
2.1.2 Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften.....	267
2.1.3 Die Universitäten.....	268
2.1.4 Außeruniversitäre Soziologie.....	269
2.2 Personale Ausstattung und lokale Differenzierung.....	270
2.3 Mobilität und Karriere.....	272
3 Kognitive Aspekte.....	274
3.1 Das Selbstverständnis der Disziplin.....	274
3.2 Binnendifferenzierung und Teildisziplinen.....	281
3.3 Themenprofil.....	285
3.4 Paradigmen, Konflikte.....	290
3.5 Verhältnis zum "bürgerlichen" Pendant.....	291
4 Kontexte.....	292
4.1 Steuerung I: Themenvorgaben, Tabus.....	292
4.2 Der Wissenschaftliche Rat.....	294
4.3 Steuerung II: Personal, Publikationen.....	295
5 Resümee.....	297
Literatur.....	299

Vorüberlegungen

Zu Beginn seiner "Ortsbestimmung der deutschen Soziologie" hat Helmut Schelsky vor 40 Jahren zwei Einwände gegen eine "Soziologie der Soziologie" vorgetragen. Einmal könne ein solches Unternehmen zur Eigenreklame der Disziplin tendieren. Indem sie sich selbst in der Gesellschaft verorte, propagiere sie sich leicht als eine sozial nützliche Veranstaltung. Zum anderen könne es über einer Soziologie der Soziologie leicht zur Auflösung ihres empirischen Gegenstandes durch Reflexion kommen. Im Versuch, ihr eigenes "Wesen" zu bestimmen, schiebe sie sich als Thema selbst an die Stelle ihrer konkreten Aufgaben.¹

Im Folgenden geht es nicht um den Versuch einer Ortsbestimmung. Um so mehr aber um mögliche Elemente einer wissenssoziologischen Thematisierung der Soziologie. Genauer: der Soziologie im Sozialismus, hier: der Soziologie in der DDR. Und auch im Folgenden ist mit Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens zu rechnen. Sie liegen nicht so sehr in der von Schelsky bezeichneten Richtung. Weder steht zu befürchten, die Soziologie könne sich durch einfache Selbstthematisierung der Nützlichkeit verdächtig machen, noch steht sie in Gefahr, sich übertriebene Reflexionslastigkeit vorwerfen lassen zu müssen. Heute scheinen es dagegen vor allem zwei zeithistorisch veranlaßte Erkenntnishindernisse² zu sein, die sich einer soziologischen Analyse der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus in den Weg stellen. Beide hängen mit der spezifisch deutschen Umbruchssituation zusammen.

(1) Das erste Erkenntnishindernis, das auffällt, beruht auf einer fast nicht vermeidbaren Tendenz, den Vereinigungsprozeß vor allem aus wissenschaftspolitischer Perspektive zu beobachten. Die Gesellschaftswissenschaften der DDR sind in der Folge jener "unerhörten Begebenheit" einem Vergleich ausgesetzt worden, dem sie nicht oder nur sehr vereinzelt standhielten. Diese Vergleichssituation entstand plötzlich und ohne Vorbereitungszeit auf beiden Seiten. Begriffliche Instrumentarien zur Analyse dessen, was an Gesellschaftswissenschaften im Osten existierte, standen nicht zur Verfügung. Kontakte zwischen Soziologen in beiden Staaten waren ohnehin nie stark ausgeprägt; Forschungskontakte im engeren Sinn existierten so gut wie nicht. Die Auseinandersetzung mit marxistisch orientierter Theoriebildung im allgemeinen, der Soziologie in der DDR im besonderen, hatte im Westen ihren Zenit Ende der siebziger Jahre bereits längst überschritten.

¹ Schelsky (1967): 5ff.

² Im Sinne von Gaston Bachelards "obstacles epistemologiques", vgl. Bachelard (1984).

In dieser Situation ist aus verständlichen Gründen bei vielen Beteiligten eine beträchtliche Urteilslust in bezug auf die politische Bedeutung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in der DDR ausgebrochen. Auf der einen Seite findet man Versuche nachzuweisen, es habe sich bei einer Disziplin wie der Soziologie in der DDR um eine der Unterabteilungen "Ideologieproduktion" ihres politischen Systems gehandelt, die jeglichen wissenschaftlichen Interesses entbehre. Auf der anderen Seite läßt sich die nachträgliche Erfindung einer nur äußerlich und nur unter Druck marxistisch firmierenden, im unpublizierten Inneren aber empirisch orientierten Disziplin beobachten. So etwa, wenn der Beitrag eines Innenseiters der DDR-Soziologie attestiert, sie sei deutsche Soziologie gewesen durch den "steten Eifer, das professionelle Format der westdeutschen Soziologie-Praxis (!) zu erreichen".³

Interessant sind hier weniger die Unterschiede zwischen Anklage und Verteidigung der Soziologie in der DDR, als die beiden Haltungen gemeinsame Perspektive auf das Fach. Beidemale werden ohne besondere analytische Umstände politische und moralische Unterscheidungen in die Disziplingeschichtsschreibung hineinkopiert. Das mag durch Gegenstand und Zeitumstände nahegelegt werden. Das führt aber im Grunde auf beiden Seiten zur Annahme, eine Sozialwissenschaft im strikten Sinne habe es im Osten gar nicht gegeben. Die Begriffe der Ideologie bzw. der guten, aber politisch reprimierten Absichten dienen dann zur Beschreibung, was es statt dessen gab.

Die Problematik dieses Verfahrens - für dessen Verwendung es so viele Beispiele gibt, daß sich der Hinweis auf einzelne ersparen läßt - liegt nun weniger darin, daß sich keine Ideologisierung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR und keine politische Einschüchterung ihres Personals feststellen ließe oder daß umgekehrt Forschung diesseits parteipolitischer Vorgaben unmöglich bzw. schlechterdings unverlangbar gewesen wäre. Unbefriedigend ist vielmehr, daß solche Darstellungen die Erkenntnismittel der Soziologie nicht ausschöpfen. Der Ideologiebegriff etwa, der in entsprechenden Darstellungen Verwendung findet, zeichnet sich nicht gerade durch theoretische Frische aus. Oft wird in wertevoller Sprache nur nachvollzogen, was bereits in politischen oder publizistischen Darstellungen zu haben ist. Man kann deshalb vom *Erkenntnishindernis geborgter Kriterien* sprechen, das einer eigenständig wissenschaftlichen Analyse im Wege steht. Im Folgenden sollen daher politische oder moralnahe Darstellungen der Geschichte der sozialistischen Gesellschaftswissenschaften nicht bestritten oder in ihren Wertungen bezweifelt werden. Behauptet wird nur, daß das in ihnen Gesagte nicht alles ist, was sich soziologisch zum Thema sagen läßt.

³ So Meyer (1995): 35.

(2) Das zweite Erkenntnishindernis ergibt sich aus der Versuchung, eine Disziplin mit dem Personalumfang gleichzusetzen, der für sie an Institutionen der Forschung und Lehre vorgesehen ist, mit anderen Worten: die Soziologie mit den Soziologen, ihren Karrieren, Stellen und Aufenthaltsorten zu verwechseln. Diese Perspektive auf die Wissenschaft ist durch den Vorgang der Wiedervereinigung nicht nur der Politik, sondern auch den in wissenschaftspolitisch in unterschiedlichen Rollen betroffenen Forschern nahegelegt worden. "Abwicklung" und Reform der ostdeutschen Universitäten bzw. der außeruniversitären Forschung fokussierten den Blick zwangsläufig auf organisatorische Fragen. Evaluiert wurden Personen. Die Bibliographien wurden deshalb den Biographien zugerechnet.

Wissenschaftliche Disziplinen aber bestehen sowenig aus Personen, wie aus Labors oder Forschungsgeldern. Ihre Elemente sind Erkenntnisse und solche Mitteilungen, die sich an Erkenntnisgewinn orientieren. Zumeist handelt es sich bei der greifbaren Empirie wissenschaftlicher Erkenntnis um Texte und überall dort, wo ein größerer Zusammenhang des Erkenntnisgewinns entstehen soll: um Publikationen. Diese Trivialität zu betonen heißt für den Fall der deutschen Vereinigung: es haben sich - aller entgegengesetzter *façon de parler* zum Trotz - nicht zwei *Wissenschaftssysteme* vereinigt, und es ist auch nicht *ein Wissenschaftssystem* auf ein anderes übertragen worden, sondern zwei rechtlich und politisch definierte Komplexe wissenschaftlicher Organisationen, Ressourcen und Stellen. So gesehen ist es nicht unnötig zu betonen, daß ein Begriff wie "gesamtdeutsches Wissenschaftssystem" eher für organisatorische oder wissenschaftspolitische als für soziologische Zwecke geeignet scheint. Denn ob die Identität einer Disziplin entlang nationaler Grenzen bestimmbar ist und entsprechend stark von Umbrüchen im Bereich der Politik betroffen wird, kann für eine soziologische Analyse dieser Disziplin zunächst nur ein *Problem*, keinesfalls eine *Voraussetzung* abgeben. Dort, wo politische Umbrüche und organisatorische Grenzlinien unmittelbar mit denen einer Disziplin gleichgesetzt werden, kann man deshalb vom *Erkenntnishindernis des administrativen Blickes* sprechen.⁴ Auch hier soll bezweifelt werden, daß diese Art, auf das Thema zu blicken, seine wissenssoziologischen Aspekte ausschöpft.

⁴ Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei ausdrücklich betont: dieser administrative, organisations-, ressourcen- und personenfixierte Blick auf die Frage der 'Transformation' des Wissenschaftssystems stellt nur *innerhalb der Wissenschaft* eine Einschränkung ihrer Erkenntnismöglichkeiten dar, nicht *innerhalb der Wissenschaftspolitik*, wo er vielmehr unausweichlich erscheint. Daß Wissenschaftler auch dort, wo sie als Wissenschaftspolitiker tätig sind, sich als Wissenschaftler fühlen, mag hier zu Unbestimmtheiten führen.

Der folgenden Beschreibung der Soziologie in der DDR liegt der Eindruck zugrunde, daß beide Erkenntnishindernisse umgangen werden können, wenn die Soziologie anerkennt, daß sie vom Einsturz des Sozialismus nicht nur durch die wissenschaftspolitische Notwendigkeit betroffen war zu evaluieren, neue Stellenstrukturen aufzufüllen und professionspolitisch mit den Folgen der "Abwicklung" umzugehen. Die Lernchancen, die der Einsturz des Sozialismus für die Gesellschaftswissenschaften bietet, scheinen, zugespitzt formuliert, vor allem in dem Sachverhalt zu liegen, daß der Sozialismus seinem eigenen Verständnis nach die gesellschaftliche Implementation eines soziologischen Klassikers darstellte.⁵ In diesem Sinne ragen sowohl die Geschichte der marxistischen Gesellschaftswissenschaften wie die Geschichte des Sozialismus in die Geschichte der Soziologie hinein. Dies anzuerkennen bedeutet weder die Übernahme einer ungeliebten Erbschuld - etwa im Sinne einer Zurechnung von Sozialismus auf Soziologie.⁶ Noch bedeutet es eine vorschnelle Solidarisierung mit dem im Bereich des Sozialismus Vorgefallenen. Vielmehr geht es darum, die eigentümliche Verbindung von wissenschaftlicher Gesellschaftsbeschreibung und politischer Systembildung im Sozialismus zu beobachten. Die Lernchancen, die im Erosionsprozeß des Sozialismus liegen, könnten dann Reflexionschancen des Faches selbst sein.

1 Die Differenzierung der sozialistischen Gesellschaft

Diese zunächst ganz abstrakte Forderung läßt sich zur Prämisse konkretisieren, daß eine Analyse der Soziologie in der DDR nicht ohne Ortsbestimmung dieser Soziologie in der sozialistischen Gesellschaft auskommen kann. Sie sollte den Zusammenhang zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Selbstbeschreibung des Staatssozialismus thematisieren. Und sie sollte den besonderen Status von gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen im Sozialismus bestimmen.

⁵ Eine der wenigen Analysen dieses Sachverhalts, die ihn nicht zur Attribution von Klassikerschuld verwendet, findet sich bei Gauchet (1990): 207-238. Gauchets Analyse vermeidet es vor allem, durch den Begriff des "Totalitarismus" die Vergleichsmöglichkeiten zwischen wissenschaftlichen Entwicklungen in West und Ost zugunsten - in ihrem *historischen* Sinn unbestreitbarer - historischer Vergleiche einzuschränken. Der Fehler, die Existenz von Soziologie unter "totalitären" Umständen zu bestreiten, der lange Zeit das Verhältnis zur Fachgeschichte im Nationalsozialismus bestimmte, sollte jedenfalls heute nicht wiederholt werden.

⁶ Die Identifikation von Soziologie und Sozialismus gehört zu den Kinderkrankheiten der Faches und seiner Kritiker. Vgl. Lepenies (1988): 283-310.

Als bloße Auswertung von Texten auf ihren empirischen oder theoretischen Gehalt greift sie zu kurz.

Welche Grundbegriffe lassen sich einer solchen Analyse zugrunde legen? Mustert man die vorliegende Literatur auf der Suche nach soziologischen Anregungen durch, die Wissenschaft und Gesellschaft im Sozialismus zugleich in den Blick nehmen, fällt ein häufiger Gebrauch des Begriffs der *Entdifferenzierung* ins Auge. Die hohe normative Integration von Forschungsthemen, Theorien und Methoden einerseits, politischen Vokabularen und ideologischen Programmen andererseits, wird durch Begriffe wie "Steuerung", "Durchherrschaft" oder "Verstaatlichung" erläutert. Politische Herrschaft habe die Kontrolle über alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens angestrebt. Eine (funktionale) Eigenlogik der Forschung gegenüber externen Vorgaben hat sich danach nicht entfalten können. Wie die Wirtschaft, das Recht oder den Sport habe der Staatssozialismus auch und insbesondere die Gesellschaftswissenschaften politisiert.⁷

Von den vielfältigen Gründen, die für einen solchen Ausgangspunkt sprechen, seien hier nur die erkenntnistheoretische Stellung von "Parteilichkeit" oder wissenschaftlich nicht mehr kontrollierbare Themenvorgaben wie etwa die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" angeführt. Die Konsequenz solcher Beobachtungen ist bereits in den Anfängen der westdeutschen DDR-Forschung zusammengefaßt worden:

"Die Untersuchung eines Wissenschaftssystems - seines Aufbaus, seiner Lehre, seiner Forschungsweisen - im Zusammenhang mit einer gegebenen Gesellschaftsordnung, die in anderen Gesellschaften mehr in das Gebiet einer Wissenssoziologie fallen würde, stellt wegen der Politisierung aller Lebensgebiete in totalitären Systemen folgerichtig ein Thema für die politische Wissenschaft dar."⁸

An dieser Stelle könnte sich die Wissens- und Wissenschaftssoziologie verabschieden und das Feld der politischen Soziologie und Diktaturforschung überlassen.

Andererseits existieren jedoch auch Darstellungen, die im Sozialismus nicht eine Limitation von Wissenschaft durch Politik beobachten, sondern umgekehrt eine Limitation von Politik durch eine sich wissenschaftlich verstehende Weltanschauung. Die Manövrierfähigkeit der Politik war, so gesehen, durch ihre Programmatik vermutlich in höherem Sinne eingeschränkt, als dies für Mehrparteiensysteme der Fall ist. In der Terminologie der Theorie funktionaler Differenzierung: wenn ein politisches System sich auf den Rahmen einer gesellschafts-

⁷ Für in diesem Rahmen fruchtbare Analysen zu Soziologie und Rechtswissenschaft sei an dieser Stelle nur auf Meuschel (1992), besonders S. 41-58 und 241-272 sowie Thaa et al. (1992) verwiesen. Für die Spannweite, die der Begriff "Ausdifferenzierung" annehmen kann, vgl. z.B. Dilcher (1994): 469-482, bes. 478-480.

⁸ Mayntz (1956): 517.

einheitlichen *Ideologie* zur Abarbeitung sämtlicher seiner Entscheidungsprobleme festlegt, kann es gleichwohl sein, daß aufgrund gegebener Handlungsumstände und deren Komplexität eine *strukturelle* Fusion zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft nicht durchführbar ist. Gegeneinander differenziert treten Politik, Gesellschaftswissenschaft und Wirtschaft statt dessen in ein Verhältnis wechselseitiger Einschränkung unterhalb der Ebene der gewählten einheitlichen Ideologie.⁹ Hierdurch wird nicht zuletzt begreiflich, warum die Gesellschaftswissenschaftler der DDR sich keineswegs im Daueraufstand gegen politische Vorgaben befanden. Das Postulat einer "Einheit von Theorie und Praxis" implizierte nicht nur, daß jede theoretische Äußerung als handlungsrelevant und politisierbar erlebt wurde und stets entsprechende Falltüren ins politische und biographische Abseits vermutet werden konnten. Es erklärt nicht nur die erkennbare Vorsicht, mit der die Gesellschaftswissenschaftler agierten, sondern auch ihr manifestes Selbstbewußtsein, da es aller Theorie Implikationen für das Handeln zuschrieb und insofern wenn nicht Macht so doch zumindest Einfluß*surrogate* versprach. Mit anderen Worten: die Rede von der Politisierung der Wissenschaft legt das Bild einer nachträglich auf Linie gebrachten Forschung nahe, einer soziologischen Disziplin z.B., der, mit Brechts Galilei zu sprechen, "die Instrumente gezeigt" worden sind.¹⁰ Sie läßt dabei sowohl in den Hintergrund treten, daß der Sozialismus selbst auf wissenschaftlichen Befunden zu ruhen vermeinte, wie die Tatsache der Vorwegabstimmung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisprämissen mit politischen. Zunächst und zumeist bedurfte es des Instrumentezeigens nicht.

Bei näherem Hinsehen ergibt sich also, daß in der Selbstbeschreibung des Sozialismus die Politik nur *eine* Möglichkeit der Besetzung der sozialen "Spitzenposition" darstellte. Die Vorstellung einer (sozial)wissenschaftlichen Politikorientierung im Sinne technokratischer Leitbilder und sozialphilosophischer Prämissen ist schwer bestreitbar. Während der fünfziger und insbesondere sechziger Jahre etwa schien sich zeitweise ein gesellschaftspolitisches Vokabular zu etablieren, das sich an szientifischen Leitbegriffen orientierte und ein technokratisches Modell des Sozialismus entwarf.¹¹ Die Einführung der Soziologie als einer gegenüber der Philosophie des Historischen Materialismus unterscheidbaren Disziplin fiel in diese Phase. Die Schwierigkeiten ihrer Institutionalisierung hingen dabei vielleicht nicht nur mit ihrem "bürgerlichen Charakter" zusammen, sondern eben

⁹ Etwa durch unvollständige Rollentrennungen oder durch die Verdopplung von Entscheidungsinstanzen in Form einer Parteiorganisation, die alle entscheidungsrelevanten Handlungen begleiten können muß. Für eine eindrucksvolle Kritik der Übernahme einfacher Steuerungsmodelle vgl. Masuch (1981).

¹⁰ Bertolt Brecht, *Leben des Galilei*, 14. Aufzug.

¹¹ Vgl. Messelken (1965): 289-308.

auch mit der Empfindlichkeit einer ideologieorientierten Politik bei der Eröffnung von Formulierungsmöglichkeiten für Gesellschaftsbeschreibungen. Ja, man kann für die Einführungsphase der Soziologie beobachten, daß ihre Beschränkung auf die "Empirie" isolierbarer Themenfelder die Bedingung dafür war, daß sie gegenüber Philosophie und Politischer Ökonomie als disziplinäre Innovation und nicht nur als Abweichung empfunden wurde.¹²

Angesichts dieser Sachlage erscheint es sinnvoll, für die Ausarbeitung der Frage nach der Form gesellschaftlicher Differenzierung bzw. Entdifferenzierung von Politik und Wissenschaft zunächst einmal Selbstbeschreibungen aus dem Bereich der DDR zugrunde zu legen. Hierbei bietet es sich an, die Analyse an einem Vorläufer des Begriffes "funktionale Differenzierung" festzumachen, am Begriff der *sozialen Arbeitsteilung*. Nicht nur, daß Arbeit in der sozialistischen Dogmatik als gesellschaftsbeschreibende Kategorie schlechthin erscheint.¹³ Die Vorstellung einer Dekomposition gesellschaftlicher "Hauptaufgaben" und ihre Aufteilung auf soziale Teilbereiche bestimmte mit dem Bild, das sich die Gesellschaftswissenschaft in der DDR von deren Sozialstruktur machte, auch die Vorstellung, die sie von sich selbst hatte. Was vor dem Hintergrund des Modells funktionaler Differenzierung als *politische Steuerung* erscheint, wird hier als die kollektiv verbindliche und insofern *politische Zuweisung* von Aufgaben auf gesellschaftliche Teilbereiche verstanden. Diese Teilbereiche - man sollte dann nicht mehr von Funktionssystemen sprechen - identifizieren sich weniger über ihre Funktion, die Beziehung zum Gesamtsystem der Gesellschaft, als über die Leistungen, die sie an spezifische andere gesellschaftliche Teilbereiche - z.B. die Wirtschaft, die Politik oder die Erziehung - abgeben.¹⁴ Daß es sich bei solcher Leistungsabgabe um eine spezifische an Teilbereiche handelte, wird innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsbeschreibung durch die Vorstellung verdeckt,

¹² Nicht zuletzt muß bei hoher symbolischer Konsistenz einer Ideologie (Ableitung aus Kausalgesetzen!) bei Einführung von Innovationen immer die Geschichte umgeschrieben werden. Ein Zitat aus Lenins Aufsatz über die "Volksfreunde", in dem das Wort "Soziologie" fällt, kann in einer solchen Situation den "historischen" Anschluß erleichtern.

¹³ "Die Arbeit (...) hat den Menschen selbst geschaffen.", vgl. Engels (1972): 444. Vgl. Stollberg (1988) zur Arbeitsteilung insbes. 56ff.

¹⁴ Exemplarisch kann dies an der Verwendung des Funktionsbegriffs in der "struktur-funktionalen" Organisationssoziologie der späten sechziger Jahre gezeigt werden. Er läßt sich in den meisten Texten problemlos durch Begriffe wie "Aufgabe" oder "Leistungserwartung" ersetzen. Man sollte an dieser Stelle allerdings ausdrücklich betonen, daß diese Gleichsetzung keine Besonderheit der Soziologie im Sozialismus darstellt! Zum hier verwendeten Unterschied der Begriffe "Funktion" und "Leistung" vgl. Luhmann (1992): 635ff.

Gesellschaft sei ein politisch integriertes, organisatorisch einheitliches Gebilde, so daß jede Leistungsabgabe *innerhalb* der Gesellschaft auch als eine *für* die Gesellschaft erscheint. Gerade in dieser *Vorstellung* prägen sich die totalitären Züge des sozialistischen Gedankensystems aus.

Man mag gegen diesen Vorschlag einwenden, dies sei eben *nur* eine von den Erkenntnismöglichkeiten im Sozialismus abhängige *Selbstbeschreibung*. Im Folgenden geht es darum, anhand einer Skizze von Merkmalen der Soziologie in der DDR die tatsächlichen Folgen dieser Selbstbeschreibung nachzuzeichnen. Dabei steht im Vordergrund, daß es sich beim Begriff der sozialen Arbeitsteilung um eine organisationsnahe Vorstellung handelt. In der politologischen Literatur zur Sowjetunion ist schon früh der Begriff der "mono-organizational society" eingeführt worden. Zuletzt hat ihn Detlef Pollack noch einmal verwendet, um Charakteristika der DDR zu erfassen.¹⁵ Im hiesigen Kontext soll ihm eine wissenssoziologische Wendung gegeben werden. Nicht, daß die DDR *tatsächlich* eine Organisationsgesellschaft war, daß sie also *komplett* aus einer oder mehreren, hierarchisch geordneten Organisationen bestand¹⁶, sondern daß sie sich als eine solche beschrieb, ihren Freunden als eine solche empfahl und von ihren Sozialwissenschaftlern als eine solche verstanden und gefeiert wurde, ist entscheidend. Die These der folgenden Darlegungen ist also, *daß sich nach Maßgabe dieser gesellschaftlichen Differenzierungsvorstellung die Soziologie in der DDR als Teil einer arbeitsteiligen Gesellschaft begriff*. Unter soziologischer Forschung wurde die Erbringung spezifischer Erkenntnisleistungen im Rahmen einer als arbeitsteilige Organisation aufgefaßten Gesellschaft verstanden. Gestützt wurde diese Vorstellung durch die Identifikation des politischen Systems des Sozialismus mit der Partei, also einer Organisation, seines Wirtschaftssystems mit den durch Planung verbundenen Produktionsstätten, anderer gesellschaftlicher Bereiche mit den Aktivitäten der Massenorganisationen usf. Nichtorganisierbare Strukturbildungen traten im Selbstverständnis des Sozialismus - und entsprechend innerhalb der soziologischen Forschung - in den Hintergrund. Das galt auch für das Selbstverständnis der Forschung. Wissenschaftliche Disziplinen sahen sich mit dem Ganzen der Gesellschaft entsprechend durch Leistungserwartungen, eine gesamtorganisatorische Programmatik und über Regeln für Themenkompetenz verbunden.¹⁷

¹⁵ Pollack (1990): 292-307; ders. (1994).

¹⁶ Oder sich gar als eine "Monosubjektgesellschaft" (M. Brie) erfassen ließe!

¹⁷ Um es an dieser Stelle gleich hinzuzufügen: diese These beinhaltet auch, daß die Thematisierung von "Organisationsfragen" für die Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus stets mit Schwierigkeiten einherging, weil man mit ihnen unmittelbar Fragen der Gesellschaftsstruktur verbunden sah. Indem der Begriff der Organisation mit dem der Gesellschaft selbst fusionierte, war im Grunde für eine eigenständige

Die folgende Skizze der Soziologie in der DDR versucht, diesem Problemaufriß zu folgen. Die herangezogenen Belege verstehen sich als Indizien, nicht als Beweise, die aufgestellten Thesen als Anregungen. Der Schwerpunkt der Argumentation liegt in der Erprobung der soeben ausgeführten Überlegungen. Ausarbeitungsstand und Theoriegehalt der soziologischen DDR-Forschung lassen ein solches versuchsweises Vorgehen nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Institutionelle Verankerung der Disziplin

Als eigenständige Disziplin wurde die Soziologie in der DDR erst spät institutionalisiert. Auf ihre Gründungsumstände einzugehen heißt darum nicht, sich in der fernen Fachgeschichte zu verlieren, sondern von Bedingungen zu handeln, die vermittelt nicht zuletzt durch die "Gründergeneration" der Soziologie in der DDR, auch ihr letztes Jahrzehnt noch mitbestimmten. Nach der Abschaffung von soziologischen Lehrstühlen und Instituten, die noch aus der Zeit vor 1945 stammten, führte das Fach in der DDR zunächst ein randständiges Dasein in Gestalt einzelner Diskussionskreise und vereinzelt durchgeführter empirischer Untersuchungen. An der Leipziger Universität hielten Robert Schulz und Herbert Wolf seit 1957/58 ein soziologisches Seminar. Am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften entstanden um Kurt Braunreuther und Helmut Steiner erste Ansätze zu soziologischer Forschung. Aber erst Ende der fünfziger Jahre verdichteten sich Diskussionen über die Wünschbarkeit soziologischer Forschung in der sozialistischen Gesellschaft. Die DDR folgte hier - wie auf anderen Gebieten - der sowjetischen Entwicklung. Dort wurde 1958 eine Gesellschaft für Soziologie gegründet. Im September 1964 wurden dann vom Politbüro der SED der "Ausbau der soziologischen Forschung in der DDR" und ein "Zentrales Programm der soziologischen Forschung" beschlossen.

Diese vergleichsweise späte Einführung des Faches führte dazu, daß die Soziologie in gerade erst entstehende Forschungsstrukturen und Vorstellungen der Forschungspolitik eingepaßt wurde. Das Organisationsgefüge der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in der DDR nahm erst seit Mitte der sechziger Jahre klare Konturen an. Der Ort der Soziologie innerhalb dieses Gefüges blieb aber bis in die siebziger Jahre unsicher. Der Versuch einer Konzentration der soziologischen Forschung an außeruniversitären Einrichtungen (z.B. Akademie der

Organisationssoziologie kaum Freiraum. Vgl. dazu die Beschreibungen von Edeling (1992): 323-332.

Wissenschaften, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Zentralinstitut für Jugendforschung, Akademie für Pädagogische Wissenschaften) führte dazu, daß sich wissenschaftspolitische Umorientierungen der sozialistischen Ideologie vergleichsweise schnell in Organisationsänderungen niederschlugen. Anders formuliert: in dem Maße, in dem gesellschaftswissenschaftliche Forschung den Vorstellungen der SED zufolge vor allem außerhalb der Universitäten institutionalisiert sein sollte, in dem Maße war sie auch einer größeren Unsicherheit in bezug auf administrative Durchgriffe ausgesetzt. Man kann vermuten, daß ein genereller Aspekt der versuchten Verlagerung von gesellschaftswissenschaftlicher Forschung an die Akademieinstitute, neben der Erzielung von Konzentrationseffekten, auch die versuchte Entkopplung von forschungs- und bildungspolitischen Maßnahmen gewesen ist.

Die institutionelle Verankerung der so begründeten Disziplin erfolgte an Akademien, Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien. Von Belang für die soziologische Forschung im engeren Sinne sind dabei jedoch nur die ersten beiden Institutionen.

2.1.1 Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Einen Indikator für den Zusammenhang zwischen der Erweiterung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung und ihrer zentralisierten Rückbindung an politische Strukturen stellt die Einrichtung zweier Akademien mit gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten dar: der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Letztere ging aus dem direkt der SED unterstellten, 1951 gegründeten "Institut für Gesellschaftswissenschaften" hervor. Dieses richtete im Zuge der allmählichen Etablierung soziologischer Forschung an den Universitäten und an der "Deutschen Akademie der Wissenschaften" selbst eine soziologische Forschungsabteilung mit Promotions- und Habilitationsrecht ein. Ihr Leiter wurde zugleich Vorsitzender des "Wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung in der DDR", dem als einem von 26 selbständigen gesellschaftswissenschaftlichen Räten nach Maßgabe des allgemeinen Forschungsplanes die Themenvorgabe, Koordination und "Abrechnung" der soziologischen Forschung oblag.¹⁸ Dieses Gremium wurde 1964 eingerichtet. Geleitet wurde der Rat von 1968 bis 1971 von Erich Hahn, der

¹⁸ Um Größenordnungen anzudeuten: Der Rat für wirtschaftswissenschaftliche Forschung gliederte sich in 14 "Unterräte", wovon derjenige für "Sozialpolitik und Demographie" von den Soziologen des ISS der Akademie der Wissenschaften bestückt wurde.

Philosoph an der Humboldt-Universität zu Berlin war¹⁹; von 1972-1989 von Rudi Weidig, dem Leiter der soziologischen Forschung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Neben den Vertretern der Soziologie an den Universitäten - Berlin, Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Rostock - gehörten ihm Mitglieder der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, der Hochschule des FDGB sowie des FDGB-Vorstands, der Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften, der Zentralverwaltung Statistik, des Amtes für Arbeit und Löhne, des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen, des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung, des Beirats "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft", sowie des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig an.

Was diese pluralen Mitgliedschaften betrifft, sollte angemerkt werden, daß im Zuge der wissenschaftspolitischen Zentralisierungsmaßnahmen der späten sechziger Jahre die SED das Instrument "zentraler Leiteinrichtungen für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung" vorsah. Zu ihnen gehörten das Institut für Gesellschaftswissenschaften, das Institut für Marxismus-Leninismus und das Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung. Diese Parteiinstitute hatten formell den Rang von Abteilungen des ZK, waren de facto aber dessen Abteilung "Wissenschaft" untergeordnet. Das Institut für Gesellschaftswissenschaften (nach 1975: Akademie für Gesellschaftswissenschaften) hatte neben Aufgaben der Politikberatung vor allem die Doppelfunktion von Forschung und Ausbildung von "Kadern" für die Forschung.²⁰ Es besaß Promotions- und Habilitationsrecht.²¹ Da seit Ende der siebziger Jahre die Funktion der Politikberatung, zumindest was die

¹⁹ Hahn soll, einer mündlichen Auskunft zufolge, die Leitung des Wissenschaftlichen Rats für soziologische Forschung zu dem Zeitpunkt aufgegeben haben, als die Kontaktchancen der Soziologie zur Politik deutlich abnahmen. Er wurde danach Leiter des Wissenschaftlichen Rats für Philosophie.

²⁰ Lauterbach (1976): 93 weist auch auf die Aufgabe der Funktionärsausbildung für Staats-, Partei-, Wirtschafts- und Massenorganisationen hin. Zum Studium wurden hier ausschließlich Mitglieder der SED (5jährige Mitgliedschaftszeit vorausgesetzt) mit Staatsexamensnachweis zugelassen. Die eigentliche Rekrutierung von Politischen Kadern wurde freilich über die Parteihochschule und nicht über die Akademie für Gesellschaftswissenschaft vorgenommen.

²¹ Am Institut für Gesellschaftswissenschaften bestanden folgende Lehrstühle mit korrespondierenden Wissenschaftlichen Räten: Philosophie, marxistisch-leninistische Soziologie, Geschichte der Arbeiterbewegung, Internationale Arbeiterbewegung, marxistisch-leninistische Kultur- und Kunstwissenschaften, Imperialismusforschung, Gesellschaftsprognostik, Politische Ökonomie des Sozialismus, Wissenschaftlicher Kommunismus. Lauterbach (1976): 97.

Soziologie betrifft, deutlich abnahm, entstand die eigenwillige Situation, daß gerade ein von Lehraufgaben scheinbar befreites Institut sich immer mehr in eine reine Ausbildungsstelle für Postgraduierte verwandelte, die ihr Berufsfeld dann zumeist an den Universitäten fanden. Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften selbst unterhielt dazu vier Abteilungen: für Sozialstrukturanalyse; Raum und Territorium; die Klasse der Genossenschaftsbauern; Industrie- und Persönlichkeitssoziologie.

Zur Erfüllung der von den "zentralen Leiteinrichtungen" zu übernehmenden Planungs- und Koordinationsfunktionen sollten an ihnen "Wissenschaftliche Räte" gebildet werden. So auch im Bereich der Soziologie. Damit waren einige Mitglieder des "Wissenschaftlichen Rats für Soziologische Forschung" Mitglieder eines Gremiums, das zugleich ein Teil ihrer abordnenden Einrichtung war. Bereits an solchen Organisationsmerkmalen deutet sich der im Folgenden noch häufiger zu beobachtende Tatbestand einer nur scheinbar kompletten Hierarchisierung und klaren Gliederung der Weisungszusammenhänge in den Institutionen der soziologischen Forschung in der DDR an. Tatsächlich läßt sich eine Ämterstruktur feststellen, die häufig auf Rollendifferenzierung bei Personenidentität ("Personalunion") beruhte. Welche Folgen dies für das kognitive Profil der Forschung hatte, läßt sich auf Grundlage dieser Tatsache allein aber nicht entscheiden. Neben der notorisch beklagten Überlastung von Forschern mit Selbst- und Fremdverwaltungsaufgaben darf immerhin vermutet werden, daß das fortwährende Zusammentreten immer wieder ähnlich besetzter Kommissionen mit bekannten Interessenlagen der Beteiligten einerseits für eine *hohe Diffusion* der ausgetauschten Informationen und beschlossenen Beschlüsse sorgte, andererseits eine *Standardisierung* der Rahmenplanung für die Forschung mit sich führte. Die Redundanzeffekte der wissenschaftlichen und administrativen Kommunikation wurden damit beträchtlich erhöht.

2.1.2 Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften

Am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften wurden seit 1964 soziologische Forschungen durchgeführt. Im Zuge politisch-ideologischer Konflikte wurde diese Abteilung 1974 geschlossen. Ein Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der Akademie der Wissenschaften wurde 1978 gegründet und stand bis zu seinem Ende unter der Leitung von Gunnar Winkler, zuvor Leiter der Sektion "Arbeit und Sozialpolitik" an der Gewerk-

schaftshochschule "Fritz Heckert" in Bernau.²² Die Aufgabe dieses Instituts war von vornherein im Rahmen der proklamierten "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu sehen. Innerhalb der ohnehin auf Praxisnähe verpflichteten soziologischen Forschung sollte es noch einmal verstärkt um Forschungen mit politik-, vor allem aber wirtschaftsrelevantem Charakter gehen. Im Originalton:

"Die Forschung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik zu sozialen Grundprozessen, zur Sozialstruktur und Lebensweise der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die auf die Erkenntnisse von Bedingungen und Wirkungen der ihnen zugrunde liegenden Gegensätzlichkeiten gerichtet sind, zielen auf neue Beiträge zur Weiterführung von Theorie und Methodologie der Soziologie und Sozialpolitik sowie zur wissenschaftlichen Fundierung herangereifter sozialpolitischer Entscheidungen und der Leitung und Planung sozialer Prozesse."²³

Das ISS gliederte sich in fünf Forschungsbereiche. Von 1981-1985 waren dies die mit jeweils fünf bis zehn Mitarbeitern ausgestatteten Bereiche 1) *Theorie und Praxis der Sozialpolitik*; 2) *Sozialstruktur, Bedürfnisse, Lebensweise* mit Forschungen zu Sozialpsychologie, Freizeit, Bildung, Sozialer Ungleichheit, Binnenhandel, "körperliche und geistige Arbeit"; 3) *Theorie, Methodologie der Soziologie* zur Entwicklung und Messung von Sozialindikatoren; 4) *Frau, Familie und Demographie*; 5) *Methodik*. In den achtziger Jahren wurde eine zusätzliche Arbeitsgruppe "Sozialökologie" gegründet. Sie ergänzte die während dieser Zeit tätigen Abteilungen 1) Theorie und Geschichte (Theoretische Grundlagen, Geschichte, Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Soziologie, Friedensforschung), 2) Lebensweise (Interessen und Bedürfnisse, Schlüsseltechnologien/Automatisierung, Leitung sozialer Prozesse); 3) Bevölkerung (Bevölkerungssoziologie, Prognose demographischer Systeme) 4) Frau/Familie (Frau und technischer Fortschritt, Familie, ältere Bürger) sowie das Zentrum für soziologische Methoden.

2.1.3 Die Universitäten

Die Einrichtung von Soziologie als Studienfach hinkte derjenigen als Forschungsdiziplin zeitlich hinterher. 1965 begann man in Berlin, 1967 in Leipzig ein postgraduales Zusatzstudium einzurichten. 1968 erfolgte die Umwandlung in ein Nebenfach, und erst 1971 kam es zu einer Hauptfachstudienrichtung Sozio-

²² Sozialpolitik wurde in der Folge des Mauerbaus verstärkt zum Thema der Gesellschaftswissenschaften. Das Institut für Sozialpolitik und die Sektion Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden in Bernau 1963 resp. 1968 gegründet. Als Selbstdarstellung vgl. Berger/Winkler (1989): 1-20.

²³ Klemm (1981): 19.

logie, deren Abschluß jedoch zunächst noch ein Dipl. oec. bzw. Dipl. phil. bildete. Schließlich wurde erst 1975 ein Diplomstudiengang Soziologie eingeführt. An der Humboldt-Universität zu Berlin dauerte die Vereinigung der beiden soziologischen Forschungsgruppen an der wirtschaftswissenschaftlichen und der philosophischen Fakultät zu einem - zunächst von Georg Aßmann, dann von Artur Meier geleiteten - Universitätsinstitut für Soziologie allerdings bis 1978. An den Universitäten in Berlin, Leipzig und Halle absolvierten den Studiengang bis 1989 ca. 600 Absolventen, was einer durchschnittlichen Zahl von etwa 40 *Studenten der Soziologie pro Studienjahr in der DDR* entspricht.²⁴ Ihnen gegenüber standen 1989 7 Professoren, 7 Dozenten und 33 Mitarbeiter des Mittelbaus. Nebenfachstudiengänge und soziologische Lehrstühle existierten darüber hinaus an der TU Dresden, der Hochschule für Bauwesen in Weimar, den Universitäten Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Rostock. Nicht unerwähnt bleiben sollte an dieser Stelle die am Rande offizieller Aufmerksamkeit angesiedelte Religionssoziologie an der Theologischen Fakultät in Leipzig.

2.1.4 Außeruniversitäre Soziologie

An zahlreichen Fachhochschulen, Berufsakademien und Bildungsstätten verschiedener Institutionen (Militär, Schifffahrt, Post etc.) existierten rudimentäre Lehrangebote an Soziologie, die hier vernachlässigt werden können. Besonders hervorzuheben ist jedoch die 1966 - in rascher Reaktion auf die bundesdeutsche Etablierung des Deutschen Jugendinstituts in München - erfolgte Gründung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig. An ihm arbeiteten während der achtziger Jahre immerhin ca. 80 Wissenschaftler. Legt man die vom "Informationszentrum Sozialwissenschaften" vorgenommene Sammlung nicht-publizierter empirischer Untersuchungen der Soziologie in der DDR zugrunde, so hat das Leipziger Jugendinstitut etwa zu einem Drittel die empirische Sozialforschung in der DDR bestritten. Im Rahmen der interdisziplinären "Jugendforschung" entfiel allerdings nur ein Teil der dazu eingesetzten Stellen auf Soziologen. Dem ZIJ wurden Aufgaben der empirischen Jugendforschung übertragen, sofern sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der "bewaffneten Organe", der Volksbildung und der "gesellschaftlichen Organisationen" fielen. Nach Grün-

²⁴ Zum Vergleich: die Zahl von 600 Hauptfachstudenten in Soziologie entspricht dem Gesamtaufkommen der Humboldt Universität zu Berlin im Studienjahr 1994/95. Insgesamt studierten an den Universitäten der neuen Bundesländer in fünf Diplomstudiengängen und sieben Magisterstudiengängen 1680 Studenten bei 44 Professoren.

derung der Akademie für pädagogische Wissenschaften entfiel für das ZIJ auch die Möglichkeit der Forschung an Schulen. Unpubliziert blieben des weiteren seine Studien über Wehrdienstverweigerung, deviantes Verhalten und über die Nutzung der westlichen Massenmedien. Das erst 1991 abgewickelte Institut unterhielt folgende Arbeitsbereiche: Jugend und Arbeit, Landjugend, Studenten, Jugend und Bildung, Partner- und Sexualforschung (ab 1990), Kultur- und Medienforschung, Jugend und Recht (Anomieforschung), Jugend und Tourismus (ab 1990!), Jugend und Politik, Meinungsforschung (ab 1989), Jugend und Familie.

2.2 Personale Ausstattung und lokale Differenzierung

Die Ermüdung, die sich bei der Durchsicht solcher Aufstellungen leicht einstellt, darf nicht über ihren Demonstrationswert hinwegtäuschen: die Soziologie war in der DDR ein überaus kleines, sehr übersichtliches Fach. Auf seine späte Einführung und auf die insgesamt geringen Studentenzahlen ist bereits hingewiesen worden. Ein Vergleich der ca. 45 Professuren für Soziologie in der DDR mit den ca. 450 der alten Bundesrepublik macht deutlich, daß dies auch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße oder ähnlichen Bezugswerten gilt.

Für eine wissen(schaft)ssoziologische Deutung des kognitiven Profils der Disziplin ist dieser Sachverhalt von mehrfacher Bedeutung. Nicht nur dürfte ihre geringe Größe (1) den Durchgriffschancen politisch-ideologischer Steuerungsversuche der Disziplin entgegengekommen sein. Von der (2) erhöhten Beanspruchung der wenigen Forscher durch die multiple Kommissionitis der Selbstverwaltung und -leitung, die geeignet scheint, selbst westdeutsche Erfahrungen im Gefolge der selbstverwalteten Universität in den Schatten zu stellen, war schon die Rede. Vor allem aber wurden (3) die Differenzierungsmöglichkeiten des Faches durch die geringe Ausstattung an Forschungspersonal vermutlich stark limitiert. Insbesondere an den Universitäten folgte der Stellenumfang ganz dem vermuteten geringen Bedarf an soziologischem Nachwuchs, so daß bereits die Existenz mehrerer Lehrstühle an einer Universität (oder Fachhochschule) die Ausnahme darstellte. Hier liegen die vielleicht deutlichsten Unterschiede zur Institutionalisierung des Faches in der BRD, wo die Soziologie auch in der Forschung überwiegend von den entsprechend umfangreich mit Stellen ausgestatteten Universitäten getragen wird. Hinzu kommt, daß der rechtlich wie ideologisch eingegengten Kommunikationsfähigkeit der sozialistischen Soziologen mit dem westlichen Ausland (Reisekader) eine ebenfalls nicht besonders ausgeprägte Institutionalisierung von Kontakten zum "befreundeten Ausland" des sozialistischen Lagers entsprach. Vergleicht man etwa den Einfluß der amerikanischen und später der französischen Soziologie auf die Entwicklung der

bundesdeutschen in den fünfziger und sechziger Jahren mit dem Einfluß der sowjetischen in der DDR, so handelt es sich bei letzterem um den eindeutig schwächer ausgeprägten. Bemißt man daher die "Größe" einer Disziplin nicht nach Forschungsressourcen wie Personalausstattung oder eingesetzten Finanzmitteln, sondern am Umfang ihrer tatsächlichen Kontakte zu anderen Regionen bzw. am Umfang ihrer Kommunikation überhaupt und berücksichtigt schließlich, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der wissenschaftlichen Texte in der DDR entweder nicht gedruckt oder geheimgehalten wurde, so verstärkt sich der Befund, daß es sich bei der Soziologie der DDR um eine Disziplin auf vergleichsweise geringer kommunikativer Grundlage gehandelt hat.²⁵

Ein weiterer auffälliger Gesichtspunkt ist die lokale Verteilung von soziologischen Forschungsschwerpunkten in der DDR. Vorgesehen war eine Bearbeitung einzelner Aufgaben des Zentralen Forschungsplanes durch jeweils einzelne Bearbeiter: es herrschte ein System von Zuständigkeiten. Forschungsaufgaben entstanden durch die Dekomposition des Zentralen Forschungsplans und die Allokation der entstehenden Problemfelder auf verschiedene Organisationseinheiten. Dies jedenfalls war die idealtypische Vorstellung, die man sich von einer wirksamen Bearbeitung des zu Bearbeitenden machte. Faktisch erwies sich jedoch auch die soziologische Forschung in der DDR nicht als in diesem Sinne vollständig organisierbar. Gleichwohl wurde versucht, eine lokale Konzentration von Forschungsthemen zu erreichen. Es führte bemerkenswerterweise nicht zur Ausbildung lokaler soziologischer Schulen, jedenfalls nicht solcher, die nach außen als solche auftraten oder auch nur erkennbar wären. Das könnte mit zwei Sachverhalten zusammenhängen. Im Vorgriff auf eine weiter unten ausgeführte Beobachtung läßt sich das Ausbleiben soziologischer Schulbildung in Verbindung bringen mit der vorherrschenden Informalisierung von Konflikten innerhalb der Gesellschaftswissenschaften. Schulen stilisieren Erkenntnisgewinn als agonalen Prozeß, sei es in Formen des Konflikts oder solchen der Konkurrenz. Beide Formen bleiben dem marxistischen Wissenschaftsbegriff in der Phase seiner Institutionalisierung äußerlich. Konflikt wie Konkurrenz werden externalisiert, mit anderen Worten: bestimmen nur das Außenverhältnis der Gesellschaftswissenschaften zum "bürgerlichen Lager", wirken aber offiziell nicht strukturbildend nach innen. Zum anderen gründen wissenschaftliche Schulen auf der

²⁵ Erst eine solche "Messung" würde den Unterschied zwischen der Soziologie in der DDR und derjenigen etwa in der Schweiz, in Irland oder auch Guatemala in "quantitativer" Hinsicht deutlich werden lassen. Schon hier sei also notiert, daß "Gesellschafts-", "Wissenschafts-" oder "Disziplinvergleich" nicht nur Unterschiede, sondern auch Gemeinsamkeiten voraussetzt, unter denen die der vergleichbaren Skalen besonders in Differenzierungsfragen von Bedeutung ist.

Befähigung ihrer Oberhäupter zur Stellen- und Ressourcenvergabe an ihre Schüler. Entsprechend war zentrale Karriereplanung auf schmaler Ressourcenbasis, so wie sie für die DDR charakteristisch ist, der Schulbildung insgesamt nicht günstig.

Teilbereichssoziologien - Schwerpunkte 1986ff. nach Orten

<i>HUB</i>	Stadt-, Bildungs-, Familien-, Industriesoziologie
<i>Leipzig</i>	Stadt-, Entwicklungs-, Kulturosoziologie
<i>Halle</i>	Arbeitssoziologie
<i>TU Dresden</i>	Techniksoziologie
<i>Rostock</i>	Regionalforschung, Lebensweise
<i>Merseburg</i>	Arbeitssoziologie, Leitungssoziologie
<i>Weimar</i>	Stadtsoziologie
<i>AdW</i>	Sozialstruktur, Lebensweise, Familie, Demographie, Wissenschaftssoziologie (ITW)
<i>AGW</i>	Stadt-, Industrie-, Agrarsoziologie, Sozialstruktur

2.3 Mobilität und Karriere

Das führt zu einer letzten Rahmenbedingung soziologischer Forschung in der DDR. Zentrales Merkmal der sozialistischen Wissenschaftspolitik war insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften *die Entkopplung von wissenschaftlicher Publikationstätigkeit und wissenschaftlicher Karriere*. Hinweise hierauf lassen sich nicht nur dem Fehlen von fachspezifischen Zeitschriften, also der Möglichkeit extensiver Publikation entnehmen. Es fehlte nicht nur an einer verschriftlichten Form von Öffentlichkeit. Auch in den vorhandenen Organen, wie dem "Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik" oder den "Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR" dominieren Zusammenfassungen, Texte, die auch anderweitig publiziert worden sind, und Kurzdarstellungen gegenüber originären Beiträgen. Daß es sich dabei häufig um "abstracts" zugrundeliegender Qualifikationsarbeiten handelt, verweist auf eine weitere Eigentümlichkeit der Forschung: selbst die nicht mit Geheimhaltungsvermerken versehenen soziologischen Dissertationen und Habilitationen existierten zumeist nur in wenigen Exemplaren am Qualifikationsort. Adressat solcher Arbeiten scheint weniger die

Fachöffentlichkeit als vielmehr der Betreuer bzw. die entsprechende Kommission gewesen zu sein. Neben anderen Gründen, die dies hatte, dürfte es sich hierbei um eine Reaktion auf jene Entkopplung von Berufschance und wissenschaftlicher Kommunikation handeln. Schließlich erfolgte die "Kaderplanung" unabhängig von wissenschaftlichen Biographien. Bei Berufungen wurde nicht unter mehreren Bewerbern ausgewählt, sondern Stellen von Personen eingenommen, die seit längerem für ihre Besetzung vorgesehen waren.

Ein zweites, damit zusammenhängendes Merkmal, das für eine wissenschaftssoziologische Deutung der Soziologie im Sozialismus von Bedeutung ist, besteht in der Altersstruktur der an ihr Beteiligten. Die Soziologie der DDR wurde bis zu ihrem Ende weitgehend von dem an ihrer Gründung in den sechziger Jahren beteiligten Personenkreis bestimmt. Zwischen 1991 und 1995 wären daher aus Altersgründen etwa ein Drittel aller Professorenstellen im Bereich der gesamten Gesellschaftswissenschaften neu zu besetzen gewesen.²⁶ Folgt man der Auswertung von Jansen²⁷, der die Altersangaben von 41 der 52 Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats zugrunde lagen, so ergibt sich folgende Verteilung.

<i>Geburtsjahr</i>	<i>Emeritierung</i>
1921-1925: 1	1986-1990: 4
1926-1930: 11	1991-1995: 12
1931-1935: 11	1996-2000: 8
1936-1940: 10	2001-2005: 10
1941-1945: 5	2006-2010: 5
1946-1950: 2	2011-2015: 2
1951-1955: 1	2016-2020: 0

²⁶ So Engel (1981): 90f. Weidig et al. (1988): 143f. deuten diesen Tatbestand als einen "schwer lösbaren Widerspruch". Der Bedarf an "wissenschaftliche(m) Kaderpotential in den Bereichen, in denen der Vorlauf für die gesamte volkswirtschaftliche Dynamik geschaffen werden muß" steige, und gleichzeitig verlangsame sich das Wachstum der Schicht der Intelligenz.

²⁷ Jansen (1992): 479-500.

3 Kognitive Aspekte

3.1 Das Selbstverständnis der Disziplin

Das Selbstverständnis der Soziologie in der DDR war bis zuletzt von ihren Gründungsumständen und den damit verbundenen Erwartungen bestimmt. Die Institutionalisierung der Soziologie fiel in eine Phase wissenschaftspolitischer Hochstimmung. Der Stellenwert von Forschung für den Modernisierungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft wurde in der letzten Dekade der Ära Ulbricht vergleichsweise hoch eingeschätzt.²⁸ Parallelen zu diesem verstärkten Setzen auf die "wissenschaftlich-technische Revolution" im Westen, die unter dem übergreifenden Stichwort "Technokratie" behandelt wurden, sind unverkennbar; Parallelen zu einem begleitenden Ausbau soziologischer Lehr- und Forschungskapazitäten ebenso. Innerhalb eines Legitimationsmodells technokratisch durchgeführter Modernisierung sollte auch der soziologischen Forschung ein Stellenwert als Instrument der Erzeugung von Planungswissen zukommen. Der VI. Parteitag der SED 1963 beschloß die "Neue Ökonomische Politik". Einhergehend mit den dabei zugrundeliegenden Vorstellungen wissenschaftlich fundierter Gesellschaftsteuerung öffnete sich der Marxismus für vermeintlich integrative Disziplinen wie die Kybernetik, Psychologie und eben auch Soziologie. Diese Erweiterung des Disziplinenkanons verbindet sich in der Institutionalisierungsphase der Soziologie mit einer generellen Reflexion auf den marxistischen Wissenschaftsbegriff. Die Gründergestalten der Soziologie hatten informell seit den fünfziger Jahren auf dessen Erweiterung gedrungen und mochten die Gelegenheit dazu nunmehr gekommen sehen.

Auf dem 14. Plenum des ZK der SED wurde die technokratisch orientierte Politik Ulbrichts dann einer Kritik unterzogen, von der die Soziologie insofern betroffen war, als die an sie geknüpften Erwartungen, der zumeist in ihren Ämtern bleibenden Forscher damit vollständig enttäuscht wurden. Nicht der "konsultative Autoritarismus", den unter den westdeutschen Soziologen prominent Peter Christian Ludz als Ergebnis der Gesellschaftsentwicklung in der DDR erwartete, sondern ein zunehmendes Außerkraftsetzen der ehemals beanspruchten Funktionen gesellschaftswissenschaftlichen Wissens trug sich zu.²⁹ An die Stelle der "wissenschaftlich-technischen Revolution" trat schließlich die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" als ideologische Leitformel und damit eine

²⁸ Verwiesen sei z.B. auf die Einrichtung "gesellschaftsprognostischer" Forschungsgruppen in dieser Phase.

²⁹ Vgl. Ludz (1977).

Abnahme des Gewichts der Gesellschaftswissenschaften zugunsten politischer Akzentsetzungen. Ohne daß die sprachregelnde Vorstellung der Wissenschaft als "Produktivkraft" aufgegeben worden wäre, wurde die Rolle der Gesellschaftswissenschaften doch deutlich herabgestimmt. Das hohe Maß an Resignation der Soziologen gegenüber der Politik seit den späten siebziger Jahren, wie es durchgängig von den Beteiligten behauptet wird, hängt vermutlich mit dieser Desillusionierung überzogener Leistungserwartungen, die das Fach an sich stellte und die ihm von seiten der Politik zunächst angesonnen wurden, zusammen. Die Entwicklung der Soziologie in der DDR ist insofern auch die Geschichte der Desillusionierung einer illusionsbereiten Generation.

Die späte Gründung der Soziologie hatte auch Folgen für ihr kognitives Profil. Zu diesen Folgen gehört, daß das Fach seinen Gebietsanspruch nicht nur organisatorisch, sondern auch thematisch gegen die bereits etablierten Nachbargebiete vor allem der Philosophie und der Ökonomie bestimmen mußte. Im Rahmen der Erwartungen an Gesellschaftsplanung suchte es diesen Gebietsanspruch vor allem im Bereich einer von marxistischer Theorie entlasteten empirischen Einzelwissenschaft zu begründen. Teilte die sozialistische Soziologie also mit den Anfängen ihres bürgerlichen Pendant am Ende des 19. Jahrhunderts, daß es sich beidemal um Nachzüglerdisziplinen z.B. gegenüber der Geschichte und der Ökonomie handelte, so folgte sie ihrem Pendant gerade nicht in dessen Reaktion: der Behauptung und Begründung soziologischer Zuständigkeiten auch für Gegenstände aller bis dahin bereits vorhandenen Disziplinen. Die Geschichte der "westlichen" Soziologie erscheint ganz wesentlich geprägt von ihrem Anspruch, eine Erkenntnis der Wirtschaft, des Rechts, der Kunst oder der Wissenschaft zu ermöglichen, die von den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, der Ästhetik oder der philosophischen Wissenschaftstheorie nicht geboten wird. Die Soziologie im Sozialismus hat auf diesen Anspruch weitgehend Verzicht geleistet. Statt dessen betrieb sie - und zwar sowohl nolens wie volens - eine entgegengesetzte Strategie: die einer Bearbeitung von empirischen Tatbeständen, die vom Marxismus in seiner philosophischen und politökonomischen Ausprägung noch nicht erschlossen waren.

In der DDR existierte eine verhältnismäßig umfangreiche Literatur zum Selbstverständnis der Soziologie. Sie kreiste um zwei Probleme. Um die Funktionsbestimmung der Soziologie und um ihre Abgrenzung zum historischen Materialismus. Im Zuge der sechziger und siebziger Jahre hat sich in dieser Frage die Position weitgehend durchgesetzt, die Erich Hahn in seinem offiziösen Text über "Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie" formulierte.³⁰ Danach war die Soziologie als empirische Sozialforschung dem Historischen Materialismus,

³⁰ Hahn (1974).

der die allgemeine soziologische Theorie des Marxismus darstelle, zu subsumieren.³¹ Im Rahmen einer epistemologischen Widerspiegelungstheorie waren die Begriffe vom Marxismus, die Daten positivistisch von der Soziologie zur Verfügung zu stellen. *"Die Problematik der Gewinnung wahrer Abbilder reduzierte sich faktisch auf methodische Verfahren einerseits und andererseits auf die Frage, inwiefern bestimmte politische Interessen den Prozeß der Wahrheitsfindung tangierten."*³² In dem Maße, in dem es der Soziologie um die Erkenntnis des *"mit den objektiven Interessen der Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft zusammenfallenden Wirkens gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze"*³³ gehe, falle Objektivität mit Parteilichkeit dabei in eins. Die wissenschaftspolitische Dachformel der letzten Jahre der DDR lautete, die Soziologie habe die Aufgabe

*"wesentliche soziale Prozesse, Bedingungen und Triebkräfte des gesellschaftlichen Handelns der Werktätigen zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, insbesondere unter den Bedingungen der intensiv-erweiterten Reproduktion und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR, die Dynamik der sozialen Beziehungen und der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, die Entwicklung und Annäherung der Klassen und Schichten, von Stadt und Land sowie von körperlicher und geistiger Arbeit, die Triebkraftfunktion der sozialen Interessen, Verhaltensweisen, Fähigkeiten und Motivationen, die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und Kollektive, der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Lebensweise der Klassen und Schichten, sozialer Gruppen und Individuen zu erforschen und somit zur weiteren Ausarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen der Leitung, Planung und Prognostizierung sozialer Prozesse beizutragen."*³⁴

Das Selbstverständnis der Soziologie war - jedenfalls im damaligen Zeitraum - eindeutig das einer Servicedisziplin für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Lösung sozialer Problemlagen war es, worauf sich die Soziologie explizit und nahezu ausschließlich verpflichtete. Mit anderen Worten: die Orientierung an Sozialproblemen war nicht nur eine spezielle, ausdifferenzierte Möglichkeit soziologischer Themengewinnung und -bearbeitung, sondern umfaßte programmatisch ihre gesamte Funktion. Der Widerspruch zwischen dieser von allen Seiten bestätigten Funktionszuweisung einerseits und dem gebremsten Interesse seitens politischer

³¹ Vgl. für eine kurze Darstellung der damit konkurrierenden Vorstellungen Ettrich (1992): 458f.

³² Ettrich (1992): 459.

³³ Berger/Wolf (1989): 18.

³⁴ Zentraler Forschungsplan (1986): 681-692. Vergleicht man diesen Satz mit dem entsprechenden des vorhergehenden Zentralen Forschungsplans von 1980 (in: Einheit (1980): 1217), so läßt sich als Änderung die Vokabel "intensiv-erweiterte Reproduktion" festhalten.

Organisationen, diese Dienstleistungsfunktion zu beanspruchen, bestimmte das Dilemma der Soziologie in der DDR.

An diesem Dilemma läßt sich erläutern, was eingangs als die organisationsgesellschaftliche Denkform "Arbeitsteilung" bezeichnet wurde. Denn ihrer Entstehung nach ging die Soziologie in der DDR nicht aus einer genuinen Problemfassung hervor, sondern aus der Erweiterung des Gebietes, das für sozialistische Gesellschaftswissenschaft zur Erforschung freigegeben wurde. Zwar erstreckte sich über die gesamte (kurze) Geschichte des Faches eine Diskussion, in welchem Verhältnis es zum Historischen Materialismus stehe.³⁵ Deren Ergebnis war jedoch nicht eine Unterscheidung von Sozialphilosophie und Soziologie nach verschiedenen Problemstellungen, sondern eine teils hierarchische, teils "regionalontologische". Der Soziologie wurde eine Zuständigkeit für eine ausgewählte Teilempirie der sozialistischen Gesellschaft zugewiesen. Darin bestätigte sich die hierarchische Fächerstruktur der Gesellschaftswissenschaften. Für die Soziologie bedeutete dies, nicht der Ort der Entwicklung ihrer eigenen Grundbegriffe zu sein. Ihre Forschungen hatten sich insbesondere an den theoretischen Dispositionen der Philosophie zu orientieren. Erwartungen an das Fach beschränkten sich damit auf seine Betätigung "im Feld". Die anfangs gegen empirische Defizite der als Gesellschaftstheorie auftretenden Disziplinen Philosophie und Politischer Ökonomie gerichtete Gründungsemphase der Soziologie verflieg im Zuge der Institutionalisierung des Faches, da die (mit wie bescheidenen Mitteln auch immer) zu Tage geförderte Empirie nicht zur Fortentwicklung theoretischer Aspekte verwendet wurde. Daten blieben - publiziert oder unpubliziert - Daten. Das Verhältnis von empirischer Forschung und Theoriebildung war starr.

Der weitgehende Verzicht auf die Generierung und Pflege eigener Theorieprobleme wurde durch Leistungserwartungen ergänzt, die sich auf Forschung zu "Sozialproblemen" bezogen. In einem Beitrag zur Professionalisierung der Disziplin hat Talcott Parsons die Entwicklung der Soziologie zu einer eigenständigen Disziplin als Ergebnis gerade ihrer Abgrenzung zur Sozialphilosophie einerseits, zu Professionen, die sich mit der Lösung von "social problems" befassen, andererseits beschrieben.³⁶ War die Nähe zur Philosophie dabei ein Problem, dem sich in der Formationsphase des Faches vor allem kontinentale Autoren gegenüber sahen, so gehörte die Distanzierung gegenüber ungefilterten Praxisanforderungen zu den auslösenden Momenten besonders der amerikanischen So-

³⁵ Vgl. für einzelne Positionen dieser Diskussion etwa Kuczynski (1971): 114ff.; als Gegenstimmen Kolbanowski (1960): 108-115; Gofman (1960): 327-338; Glesermann (1960): 727-746; siehe auch Kallabis (1964): 428-439; Meyer (1965): 739-752; Weidig/Winkler (1982a); dies. (1982b); Weidig (1984); Henning (1984).

³⁶ Parsons (1959).

ziologie. Die Soziologie der DDR besaß eine eigentümlich heteronome Stellung gerade zu diesen beiden angrenzenden Gebieten. Fixiert auf Sozialprobleme auf dem Territorium der DDR und am grundbegrifflichen Tropf der Philosophie hängend, blieb sie stets unterprofessionalisiert.

An dieser Stelle läßt sich auch der Begriff der Organisationsgesellschaft wieder aufnehmen. Denn eine Folge der skizzierten Stellung des Faches in der Disziplinenhierarchie und seine Definition über Leistungserwartungen war, daß es intern eine beinahe binär schematisierte Kompetenzordnung aufwies. Man war entweder zuständig oder nichtzuständig. Leistungserwartungen hatten eindeutige Adressen. Ihre Erfüllung wurde über diese abgerechnet. Themenüberschneidung zwischen Forschern, Forschergruppen, Universitäten oder Instituten waren nicht ausgeschlossen, aber weder vorgesehen noch erwünscht. Sie wäre als Mehrfachbearbeitung desselben Sachverhalts, als redundant erschienen. Weder im Licht des parteimarkistischen Wahrheitsbegriffs noch im Horizont der Mittelknappheit konnten solche Redundanzen - etwa als Voraussetzung für Konkurrenz - einleuchten. Zahlreichen Forschern kam so die Alleinvertretung einer Themenstellung in Publikationen zu. Teildisziplinen waren häufig lokal konzentriert, an bestimmte Lehrstühle und Institute gebunden. Lehrbücher und autoritative Darstellungen erschienen pro Gebiet zumeist nur in einmaliger Ausfertigung. Vergleicht man die Themen wissenschaftlicher Qualifikationsarbeiten, so sind auch hier Doppelarbeiten zum selben Gegenstand - und seltener noch: zum selben Autor - eher die Ausnahme. Dieser Eindruck verdichtet sich durch die verhältnismäßig geringe gegenseitige Bezugnahme solcher Arbeiten aufeinander. Müßte man daher ein Sozialmodell für die Themenwahl in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der DDR bezeichnen, würde sich prototypisch das Organisationsmodell des "Ressorts" anbieten und dem Bewegungsmodell "Mode" gegenübergestellt, das den Verlaufszyklen sozial- und geisteswissenschaftlicher Themenwahl im Westen wohl am nächsten käme. "Ressortforschung" in diesem Sinne war die Soziologie in der DDR also nicht nur durch ihre Zuordnung zu bestimmten politischen Leistungsbereichen, sondern auch durch ihr implizites Ideal der Einmalbearbeitung aller Probleme.

Für Erscheinungen wie die beschriebenen liegt die Erklärung nahe, daß es sich zuletzt nur um strukturelle Effekte des geringen Umfangs der soziologischen Forschung und der geringen Positionswechsel auf Lehrstühlen in der DDR handelt. Man hätte dann in der Zuordnung von Personal zu Themen nur den Versuch zu erkennen, mit beschränkten Mitteln das ausgewiesene Forschungsfeld abzudecken. Und tatsächlich läßt sich der in der DDR unternommene wissenschaftspolitische Versuch einer, *sit venia verbo*, "Soziologie in einem Land" ablesen. Es scheint aber auch hier ein Zusammenhang mit den spezifischen Plausibilitäten der Organisa-

tionsvorstellung zu existieren. Auf der Ebene der Themen und Teilbereiche wurde im Rahmen einer solchen Vorstellung konsequent Doppelforschung vermieden.³⁷ Damit wurde zugleich jede Theoriedynamik, die sich über inkongruente Perspektiven auf denselben Gegenstand hätte ergeben können, gebremst.

Das Modell der vermeinten Organisationsgesellschaft erlaubt es, diese auffällige Redundanzvermeidung mit einer weiteren Eigenheit gesellschaftswissenschaftlicher Forschungen in der DDR zu verbinden: dem deutlichen Zurücktreten von Widerspruch, Negation, Kritik in der wissenschaftlichen Kommunikation. Damit soll nicht nur das bloß punktuelle Auftreten von Kontroversen oder die Existenz von Karrierepfaden gemeint sein, die unabhängig von wissenschaftlicher Konfliktfähigkeit, Kritikresistenz etc. verliefen. Vielmehr geht es um den Eindruck, daß die Publikationen selbst nicht auf korrigierende, weiterverwendende oder eben auch nur zitierende Beobachtung durch andere Wissenschaftler hin eingerichtet waren.³⁸ Typische Formen solcher Texteinrichtung für Beobachtung durch andere wie etwa das Referat des Forschungsstandes, die Inszenierung einer offenen Frage, eines bisher übersehenen Faktums oder die Neukombination von Thesen anderer Autoren, fallen zumeist aus. Die Frage also, für wen die Soziologen der DDR schrieben, scheint sich nicht mit dem Normalbescheid "für ihre Kollegen" beantworten zu lassen. Der Adressat soziologischer Forschung in der DDR ergibt sich nicht aus ihr selbst.

Diese geringe Neigung zur Anbahnung gegenseitiger Korrektur läßt sich wohl nicht komplett auf sozial garantierte Vokabulare der Harmonie in der sozialistischen Forschergemeinschaft zurückführen. Vielmehr wirken sich hier, wie in den anderen beobachteten Merkmalen, Eigenheiten der Programmatik und solche der Organisationsvorstellung gemeinsam und einander verstärkend aus. Auf Seiten der Programmatik findet man das Dogma vom Wesen der Widersprüche, sich notwendig aufzulösen, auf seiten der Organisation den komplementären Sachverhalt: daß Widerspruch Entscheidung provoziert. Es scheint also, daß die von den Kompetenzordnungen und Karrieremustern nahegelegte geringe Interdependenz der Einzelforschungen diesseits gemeinsamer, vorabgesicherter Theoriegrundlagen durch die Entscheidungshaltigkeit von Widerspruch verstärkt wurde. Jedes öffentlich und formell kommunizierte "das sehe ich anders" signalisiert innerhalb von Organisationen Entscheidungsbedarf und verschiebt die Sachfrage in

³⁷ Vgl. hierzu Simon/Sparschuh (1992): 11, die eine Schulenburg der Sozialstrukturforschung beobachten - "Intelligenz" in Berlin, "Angestellte" in Leipzig (KMU), "Landbevölkerung" in Greifswald. Natürlich handelt es sich hier nicht um Schulen im engeren Sinne, sondern um lokale Themenpräferenzen.

³⁸ Vgl. für Analysen, die dieses Merkmal der Einrichtung wissenschaftlicher Texte auf Beobachtung 2. Ordnung betonen, Stichweh (1994): 52-83.

der Hierarchie nach oben. Insofern ist bei Entscheidungsungewißheit bereits im Vorfeld von Kontroversen - und zwar gleich welchen Inhalts - Vorsicht geboten. Dies gilt zumal dann, wenn im Fall einer Entscheidung über Theoriekonflikte nicht auf nur rollenspezifische Auswirkungen gerechnet werden kann.

Dienstleistungsfunktionen schrieb und traute sich die Soziologie vor allem in bezug auf (a) die staatliche Sozialpolitik³⁹ und (b) die Verbesserung der Situation in Wirtschaftsbetrieben und anderen Organisationen zu. Berger und Wolf unterscheiden drei Funktionen: den Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorienentwicklung (*Erkenntnisfunktion*), die Praxisfunktion und die Kritikfunktion (Beitrag zum ideologischen Klassenkampf) der Soziologie.⁴⁰ Quantitativ bedeutend war von diesen drei Funktionen aber nur die mittlere. Im Zuge der wirtschaftlichen Lageanspannung in den achtziger Jahren verlagerte die Soziologie ihre Semantik immer stärker in Richtung von Fragen der "Effektivierung" technologischer und wirtschaftlicher Prozesse. Der 4. Soziologiekongreß der DDR im März 1985 stand unter dem Thema "Soziale Triebkräfte ökonomischen Wachstums". Der solchen Dienstleistungsfunktionen zugrundeliegende Ablauf wurde so vorgestellt: Erhebung von Empirie - Ableitung von Gesetzen - Angabe von Sozialtechnologien zur Umsetzung dieses Kausalwissens. Nach 1986 ging es dabei vor allem um "wissenschaftliche Grundlagen der Sozialpolitik".⁴¹

Ein relevanter Anwendungsbezug soziologischer Forschung in der DDR existierte nach mündlicher Auskunft der Beteiligten jedoch nicht. Jedenfalls dann nicht, wenn man (1) unter solch einem Bezug mehr verstehen will, als die Unterstellung des Forschers, seine Forschungsergebnisse besäßen gesellschaftlichen Nutzen, und (2) von der potentiellen Verwertbarkeit erhobener Datenmengen, etwa am Zentralinstitut für Jugendforschung oder im Bereich der demographischen Forschung am Institut für Soziologie und Sozialpolitik, absehen kann. Die Vertragsforschung (etwa Arbeitssoziologen in Kombinat) diente eher den gegenseitigen Legitimationsbedürfnissen von Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisationen als der Verwertung gewonnener Daten, geschweige denn Hypothesen und Theorien.

3.2 Binnendifferenzierung und Teildisziplinen

Woran erkennt man, welche Binnendifferenzierungen innerhalb einer wissenschaftlichen Disziplin existieren? So vielfältige Anhaltspunkte hier denkbar sind, so wenige lassen sich auf die Situation in der DDR anwenden. Die universitären

³⁹ Vgl. Weidig/Winkler (1985): 29.

⁴⁰ Berger/Wolf (1987): 97.

⁴¹ Berger/Wolf (1987): 87.

Fachbereiche und Institute gliederten sich, sofern sie nicht ohnehin nur aus einem einzigen Lehrstuhl bestanden, außerhalb von curricularen Unterscheidungen, nicht nach Teilbereichen soziologischer Forschung. Abgestützt war die Binnendifferenzierung der Soziologie mit anderen Worten weitgehend nur durch organisatorisch singuläre Zuweisung von Leistungserwartungen: an den Sporthochschulen gab es Sportsoziologen, an der Akademie der Wissenschaften Schwerpunkte für Familiensoziologie oder Demographie, an der Hochschule für Architektur eine Stadtsoziologie usf. Zum Teil dürfte dies, wie bereits angedeutet, mit dem geringen Umfang der Disziplin zusammenhängen: Differenzierung setzt Kommunikation eines bestimmten Umfangs voraus, bzw. wird erst durch sie erforderlich. Auch schlägt hier der starke Leistungsbezug der soziologischen Forschung durch. In dem Maße, in dem es sich um die Abarbeitung von leistungsorientierten Einzelprojekten handelte, in dem Maße erschien vermutlich eine profilierte Abgrenzung bestimmter Teilgebiete, das Auf-Dauer-Stellen eines spezialisierten Diskurses, überhaupt nicht nötig. Die konkreten Abgrenzungen ließen sich vielmehr von seiten derjenigen erwarten, die die Leistungsanforderungen stellten. Nicht zuletzt dürfte die fünfjährige Rhythmik der Themenvorgaben durch den Forschungsplan einer eigenständigen Grenzziehung innerdisziplinärer Interessen nicht förderlich gewesen sein.

Unterschieden wurde zwischen sog. "Zweigsoziologien" (Arbeits-, Bildungs-, Medizin-, Sport-, Kultur-, Wissenschafts-, Jugend-, Stadt-, Militär-, Agrar- und Familiensoziologie) einerseits und speziellen Soziologien andererseits.⁴² Zu den "Zweigsoziologien" ein bemerkenswertes Zitat aus einem Text, der als Einführung für Studenten gedacht war:

"Diese Spezialisierung entspricht in erster Linie praktischen Gesichtspunkten. Unsere staatlichen Leitungsorgane sind nach Fachbereichen in Ministerien, Staatssekretariate, staatliche Ämter usw. gegliedert, die für die Leitung spezifischer gesellschaftlicher Bereiche verantwortlich sind. Daneben existieren Wissenschaftsgebiete und Ausbildungseinrichtungen, die ebenfalls auf die Umsetzung ihrer Erkenntnisse in bestimmten Leitungsbereichen ausgerichtet sind. Die Soziologie ordnet sich hier zweckmäßig ein."⁴³

Erst in zweiter Linie werden dann auch "wissenschaftslogische Gesichtspunkte" erwähnt. Es sei an dieser Stelle noch einmal unterstrichen, daß die Soziologie in der DDR ihrem Selbstverständnis nach eine Disziplin mit Ressortcharakter war, d.h. einen engen Zusammenhang sowohl ihrer eigenen Binnendifferenzierung wie ihrer Forschungsprobleme mit Leistungsstrukturen des politischen Systems bzw. seiner Organisationen erkannte. Teildisziplinen, die im Rahmen dieser res-

⁴² Vgl. etwa Berger/Wolf (1989): 3.

⁴³ Stollberg (1983): 66.

sortmäßigen Zuordnung weitgehend unentwickelt blieben, waren insbesondere die politische Soziologie und die Verwaltungsforschung, die Interaktionstheorie und Forschungen zu Massenmedien.

Dieses Fehlen bestimmter Teilbereiche dürfte nicht nur mit der Unerwünschtheit von empirischen Untersuchungen über den politischen und propagandistischen Kernbereich der DDR zu tun gehabt haben. Auch anhand dieser Leerstellen bestätigt sich vielmehr der Eindruck, der der Anwendung des Begriffs "Organisationsgesellschaft" auf die DDR zugrunde liegt. Denn in einer Gesellschaft, die sich nach dem Maß der Organisierbarkeit und des Organisationsbezugs allen sozialen Handelns begreift, liegt für ihre soziologische Beschreibung eine Ebenendifferenzierung zwischen gesellschaftlichem, organisatorischem und interaktionellem (d.h. bloß situativen) Handeln nicht nahe. Einer eigenständigen Organisationssoziologie⁴⁴ bedurfte es ebensowenig wie Forschungen zu den nicht-organisierbaren Tatbeständen sozialen Handelns, d.h. solchen Gebieten, die sich nicht zum Thema von gestaltenden Eingriffen zu eignen schienen.

"Spezielle" soziologische Theorien wurden diejenigen genannt, die sich mit quer zu den genannten "Abteilungen" stehenden Fragestellungen befassen. Als Beispiele wurden die Sozialstrukturanalyse, Forschungen zur sogenannten "Lebensweise" und die Theorie der sozialistischen Persönlichkeit geführt. Die Aktivitäten auf diesen Forschungsgebieten selbst lassen sich nur schwer in einem Schema von Makro- und Mikrosoziologie unterbringen. Die Sozialstrukturanalyse etwa beschied sich - nicht unähnlich manchen Entwicklungen im Westen - mit der Interpretation der Ungleichheit ungleicher Zahlen von Sozialstatistiken⁴⁵ im Lichte normativer Vorerwartungen, die Theorie der sozialistischen Persönlichkeit war Sozialpsychologie.

Da es sogar an einem übergreifenden Fachorgan mangelte, existierten Zeitschriften auch für Teildisziplinen nicht. Gleiches gilt in puncto eines Fachverbandes und seiner etwaigen Aufgliederung in Sektionen nach dem Muster westdeutscher Disziplinverbände. Eine teildisziplinäre Interessenvertretung, die Institutionalisierung von teildisziplinärer Kommunikation unabhängig von Lehraufgaben, läßt sich in der DDR-Soziologie daher kaum ausmachen. Statt dessen existierten lokale Forschungsschwerpunkte und lassen sich thematische Konzentrationen feststellen. Wenn an der Universität Halle die Arbeitssoziologie dominierte, an

⁴⁴ Was unter diesem Titel geführt wurde, war bezeichnenderweise keine Theorie von Organisationen (Firmen, Verwaltungen, Parteien etc.), sondern eine Theorie "der" Organisation, d.h. der Strukturierung von gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ("Leitung und Planung"). Daneben existierte, unabhängig von soziologischen Einflüssen, die sozialistische Betriebswirtschaftslehre.

⁴⁵ Als Beispiel etwa: Weidig et al. (1988).

der Universität Rostock Forschungen zum "Territorium" oder zur Schiffahrt, dann wird aus solchen Beispielen deutlich, wie handfest die Kriterien für die Herausbildung von Forschungsakzenten waren. Die Verbindung dieser stark lokalen Differenzierung mit dem geringen Umfang des Faches und der kaum vorhandenen Mobilität (diesseits von Strafversetzungen kam es praktisch zu keinerlei Lehrstuhl-Wechseln) führte schließlich zur *hochgradigen Personalisierung der soziologischen Teilgebiete*.

Damit war nicht nur eine Einschränkung hinsichtlich von Forschung vorgenommen, die den Leistungsnachweis nicht erbringen kann, bzw. deren Fragestellungen außerhalb des vorgegebenen Kanons sozialer Probleme lagen. Auch in der Zeit- und in der Sozialdimension beschränkte sich die soziologische Forschung der DDR auf die Gegenwart und auf soziale Tatbestände innerhalb des Staatsgebiets der DDR. Eine Historische Soziologie, wie sie sich in der Bundesrepublik vor allem seit den späten siebziger Jahren allmählich herauszubilden beginnt, existierte nicht. Interdisziplinäre Kontakte zu historischen Fächern wurden nur äußerst vereinzelt gesucht. Auseinandersetzungen mit dem "bürgerlichen Lager" erfolgten fast ausschließlich auf der Theorieebene; eine Befassung mit der Empirie bürgerlicher Gesellschaften fand so gut wie nicht statt. Vereinzelt wurden soziologische Studien zu Entwicklungsländern vorgelegt - folgt man der Zusammenstellung von sozialwissenschaftlichen Dissertationen in der DDR⁴⁶, so waren die Autoren solcher Studien häufig Gaststudenten aus den entsprechenden Regionen. *Insgesamt aber beschränkte sich das Selbstverständnis der Soziologie in der DDR auf die Gegenwart des eigenen Staates*. Vergleiche zu Entwicklungen in anderen sozialistischen Staaten wurden nur sehr vereinzelt und nicht systematisch gezogen. Der Anspruch der Soziologie zielte auf Beiträge zur direkten Lösung, nicht auf Reflexion jener Sozialprobleme.

Ein weiteres Element im Selbstverständnis der Soziologie drückt sich in der charakteristischen Überzeugung aus, daß "eine von den sozialökonomischen Tatsachen isolierte Betrachtung der kleinen sozialen Gruppen" wissenschaftlich wertlos sei.⁴⁷ Die marxistisch-leninistische Lehre von der Dominanz des Ökonomischen erlaubte es, andere Unterscheidungen komplett einzuziehen - an der zitierten Stelle die Differenz zwischen Interaktion und Gesellschaft. Gesellschaftliches greift, so die Vorstellung, nur durch die Zugehörigkeit zu Interessengruppen und die "Lage" der Beteiligten innerhalb der Sozialstruktur vermittelt, direkt auf Individuen, Interaktionen, Organisationen durch. Resultat dieser Vorstellung eines Direktdurchgriffs der Gesellschaft auf ihre "Elemente" war der

⁴⁶ Friedrichs/Sparschuh (1992).

⁴⁷ Berger/Wolf (1987): 89.

erhebliche Mangel an Ebenenunterscheidungen innerhalb des soziologischen Begriffsapparats; ermöglicht wurde durch sie aber auch der Gedanke vom direkt steuernden Durchgriff der Politik auf einzelne Bereiche der Gesellschaft. Die Modifikation der gesamtgesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten (Produktivkräfte bestimmen Produktionsverhältnisse, beider Integral ist die Produktionsweise, gemeinsam bestimmen sie soziale Prozesse und soziales Verhalten) stellte man sich nur durch territoriale Umstände, den unterschiedlichen Vergesellschaftungsgrad der Produktion und durch die nicht näher bestimmte Spezifik sozialer Teilbereiche wie Wirtschaft, Politik, Kultur vor. Zwar wird das Problem einer "top down"-Soziologie gesehen⁴⁸, aber es bleibt bei der theoretisch nicht ausgeleuchteten Behauptung einer eigenen Qualität des individuellen Handelns. In unmittelbarer Nachbarschaft stehen die Feststellung, Handeln sei "nicht lediglich als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse" und die Erläuterung "wobei die übergeordnete Ebene die nachfolgenden einschließt und sie determiniert".⁴⁹ Das Wesen der sozialen Gruppe müsse erforscht werden, "ganz gleich, ob es sich um das Arbeitskollektiv, die Schulklasse, die Freizeitgruppe oder die Familie handelt", aber eben nach Gesetzen, "wie sie den Gesetzen des Sozialismus entsprechen".⁵⁰ Dies mußte die Autonomie der jeweiligen Kategorienbildung wie "Gruppe" wieder durch Direktbezug auf den Charakter der Gesamtgesellschaft in Frage stellen.⁵¹

Um das Selbstverständnis der Soziologie als einer (dienst)leistungsorientierten Disziplin richtig einzuschätzen, ist es schließlich wichtig zu sehen, daß sie dieses Verständnis ihrem Gegenstandsbereich entnahm: *die sozialistische Gesellschaft wurde - wie jede andere - als eine beschrieben, die um "Arbeit" zentriert war, Gesellschaft wurde als Arbeitszusammenhang vorgestellt*. Innerhalb dieser Vorstellung mußte es nur konsequent erscheinen, auch die gesellschaftswissenschaftliche Forschung vor allem als eine besondere Form von Arbeit zu begreifen. War doch nicht zuletzt der Wahrheitsbegriff dieser Forschung über den Begriff der Praxis an den der Arbeit gekoppelt. "Die gesellschaftliche Praxis ist das entscheidende Wahrheitskriterium für die gewonnenen theoretischen Erkenntnisse."⁵²

Die Soziologie operierte also nicht nur mit Leitbegriffen, die weder aus ihrer eigenen Forschung hervorgegangen, noch von ihr kontrollierbar waren. Auch die Definition ihrer Probleme lag zumeist nicht bei ihr selbst. In den achtziger Jahren etwa läßt sich anhand der Gebiete Stadtsoziologie und Sozialstrukturanalyse ein

⁴⁸ Berger/Wolf (1987): 90.

⁴⁹ Berger/Wolf (1987): 91.

⁵⁰ Stollberg (1983): 68.

⁵¹ Für eine Ausnahme vgl. Unger (1988) - eine Arbeit, die bezeichnenderweise am Zentralinstitut für Sprachwissenschaften entstanden ist.

⁵² Berger/Wolf (1987): 17.

Zusammenhang zwischen der wirtschaftspolitischen Programmatik und der Erweiterung der Teildisziplin erkennen. Das Charakteristische an diesem Vorgang ist weniger die Außenorientierung der Forschung, als daß nicht nur Programme und Themen, sondern auch die "Binnendifferenzierung" der Soziologie an externe Leistungserwartungen gekoppelt waren. Der Binnendifferenzierung in Teildisziplinen lag also ein Welt-Einteilungsschema in Problemgruppen (Stadt/Land, Arbeitsmotivation, Gesundheitsprobleme, Bildung etc.) zugrunde. In dem Maße, in dem hierdurch eine deutliche Differenzierung der Soziologie als Fach (a) gegenüber der Philosophie und (b) gegenüber den sozialen Problemlagen, die ihr zugewiesen wurden, nicht gelang, wurde auch ihre Binnendifferenzierung in Teildisziplinen limitiert. Die Anerkennung soziologischer Forschungen als wissenschaftlich blieb stets mitbedingt durch den Vergleich der verwandten Begrifflichkeit mit bereits garantierten Kategorien und die Überprüfung des Beitragscharakters ihrer Ergebnisse für die "Gesellschaft", nicht für die Soziologie.

Man kann hieraus den Schluß ziehen, daß eine bloße Gegenstandsorientierung der Soziologie, die kaum über eigengenerierte Problemstellungen verfügte, sondern ihr Selbstverständnis in Informationsgewinnung besaß, ihre durch Abhängigkeiten von der Philosophie ohnehin bestehende Schwächung disziplinärer Identität weiter beförderte. Die Soziologie war, mit anderen Worten, in einer Ordnung des Typs "das Ganze und seine Teile" auf die Bearbeitung eines besonders stark abgeleiteten "Teils" festgelegt. Ihr Dilemma war aber, den eigenen Ansprüchen nach, sich auch auf das Ganze verwiesen zu sehen. Zugespißt formuliert: Die Gesellschaftswissenschaft kam im Sozialismus gewissermaßen zweimal vor: in Gestalt der Selbstbeschreibung dieser Gesellschaft und in Gestalt disziplinär organisierter und an diese Selbstbeschreibung gekoppelter Forschung.

3.3 Themenprofil

Wissenschaftssoziologischen Überlegungen zufolge stellt die Themenwahl eine entscheidende Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft dar. Gerade dann, wenn Wissenschaft ausdifferenziert ist, schließt sie prinzipiell kein Thema aus ihrem Gegenstandsbereich aus. Innerwissenschaftlich existieren im Unterschied zur Verwendung von Methoden und zur Durchführung von Theorieprogrammen daher auch keine strengen Kriterien zur Ablehnung eines Themas. Soziologisch ist es deshalb um so interessanter, auf welche Themen sich eine Disziplin unter bestimmten historischen, politischen, wirtschaftlichen Umständen schwerpunktartig einläßt. Zwar bleiben für autonome Forschung die Gründe, aus denen sich ein Forscher auf ein Gebiet oder eine Fragestellung festlegt, als Motive seines Handelns außerhalb des engeren Kommunikationsbereichs der For-

schung. Ob es Geld war, das ihn motivierte, oder Interesse, Nachahmung des Kollegen, Zufall oder vermutete Karrierechancen, interessiert bei der Beurteilung der Forschung selbst nicht. Ablehnung oder Annahme des Forschungsbeitrages nehmen daher auch nur selten auf solche vermuteten Motivlagen Bezug. Gründe der Themenwahl sind als Motiv der Annahme/Ablehnung nur schwer kommunizierbar. Andererseits dürften es gerade diese Grenzen der Kritisierbarkeit von Themenwahl sein, die eine Verbindung außerwissenschaftlicher Strukturen (z.B. Interessen) mit Orientierungen innerhalb der Wissenschaft erlauben.

Das Themenprofil der soziologischen Forschung in der DDR war stark durch die Zentralen Forschungspläne und die dort vorgenommenen Unterscheidungen bestimmt. Eine, sei es auch nur semantische Bezugnahme auf den dort niedergelegten Kanon an erforschenswerten Fragen war obligatorisch. Andererseits läßt sich nicht eigentlich von "Steuerung" sprechen, jedenfalls dann nicht, wenn damit die Vorstellung einer direkten Planung von Forschung von oben nach unten verbunden wäre. Eher scheint es, daß Themen im Hinblick auf den vorwegdefinierten Möglichkeitsraum des disziplinären Selbstverständnisses gewonnen und dann in den Forschungsplänen nachformuliert wurden. Es gab den "bestellten Befehl". Umgekehrt läßt sich eine vollkommen eigenständige Generalisierung von Einzelforschungen "von unten" zu neuen Schwerpunktsetzungen auf der Ebene der Zentralen Forschungspläne nicht nachweisen. Wenn man so will, handelte es sich also weder um eine Themensteuerung "top down", noch um Themengewinnung "bottom up", sondern um die Auffüllung eines thematisch ebenso eng gezogenen, vieles ausschließenden, wie wissenschaftlich gesehen diffusen, innerer Komplexität ermangelnden Forschungsrahmens. Anders formuliert: daß vieles nicht möglich war, wurde nicht dadurch kompensiert, daß die verbleibenden Themen konkret formuliert worden wären.

Wie bereits ausgeführt, handelte es sich fast durchweg um Themen aus dem Bereich sozialer Problemlagen. Entsprechend des vergleichsweise engen Methodeninstrumentariums, das zur Anwendung kam (Umfragen, Auswertung von Statistiken), handelt es sich häufig um Themen, die durch einfache Erhebungen zu bearbeiten waren.⁵³ Für einzelne, illustrativ herausgegriffene Gebiete nehmen sich die durchschnittlichen Themenprofile in grobem Umriß z.B. wie folgt aus:

1. Arbeits- und Industriosozologie: Arbeitseinstellungsforschung, Motivationsprobleme, Einflußfaktoren auf Leistungsbereitschaft, Arbeitszufriedenheit, Gründe der Fluktuation, Folgen der Automatisierung, Probleme des Schichtbetriebs.

⁵³ Als exemplarische Ausnahme seien hier die Wiederholungsuntersuchungen und Längsschnitte (komplexen Intervalle) des ZIJ hervorgehoben.

Dabei galt das Interesse vollständig dem "Subjekt" der Arbeit, nicht den Strukturen der Organisation, den innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen, der Aufschlüsselung von Interaktionsmustern oder spezifischen Professionen innerhalb der Industrie. Die bestimmenden Variablen sind: Verhalten, Arbeitsinhalt, persönliche Einstellung und Gruppenmerkmale.

2. *Stadtsoziologie*: Wohnungsbedarf und Wohnzufriedenheit, Migration, Typologie von Städten, Wohnen als Teil der "Lebensweise", Freizeitverhalten, Urbanisierung, Siedlungsstruktur und Sozialstruktur von Stadt- und Landbevölkerung. Betrachtet man die jüngere Entwicklung der Stadtsoziologie in den Vereinigten Staaten und Westeuropa einerseits, die selbst zugeschriebene Orientierung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR an "social problems" andererseits, so kann man eine besondere Prominenz des Themas "Stadt" für die sozialistische Soziologie erwarten. Von ihren Anfängen an war die Stadtsoziologie nicht nur an sozialen Problemen interessiert, sondern bot auch Theorien, die sich von einem prinzipiellen Primat ökonomischer und demographischer Variablen überzeugen zeigen, ein reichhaltiges Anwendungsgebiet. In der westlichen Soziologie hat daher marxistische Theoriebildung auf wenigen Feldern eine so konstruktive Rolle gespielt, wie im Bereich der Stadtforschung.

Die Stadtsoziologie in der DDR war zwar an zahlreichen Forschungseinrichtungen in der DDR etabliert (KMU Leipzig, HUB Berlin, AdW, AfGw, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, WPU Rostock) Das heißt, es gab an nahezu allen Forschungsstätten der DDR, mit Ausnahme von Halle und Dresden sowie der Akademie der Wissenschaften, wo die Stadtsoziologie allenfalls im Rahmen der sog. Studien zur "Lebensweise" eine Rolle spielte, Repräsentanten einer stadt-, bzw. gemeinde- oder "territorial"-soziologischen Forschung. Die Themenschwerpunkte der Stadtsoziologie zeigen sich dabei stark an die jeweiligen Institute bzw. Personen gebunden. Gemeinde- und Agrarsoziologie wurde vor allem an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED betrieben, ebenso Forschungen zur Migration und zum "Territorium", worunter man sich Arbeiten zur Sozialstruktur der DDR in räumlicher Hinsicht vorzustellen hat.⁵⁴ Ähnliche Verwendung des Begriffs "Territorium" findet man des Weiteren in Rostock, dort mit Akzent auf "Region" und den spezifischen Fragen, die dauerhaft in einer Küstengegend lebenden Soziologen verständlich sind. Stadtforschung im engeren Sinne schließlich wurde mit Akzent auf Wohnen in Berlin und Leipzig, mit Akzent auf stadtplanerische, architektur- und kulturtheoretische

⁵⁴ Vgl. Grundmann (1981). Hier werden Fragen der räumlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen behandelt, räumliche Verteilungen des Reproduktionsverhaltens oder der Migration, regionale Anteile von Wirtschaftsbranchen etc. Es existierte ein besonderer Problemrat "Lebensweise und Territorium".

Fragestellungen in Weimar⁵⁵ verfolgt. Hier handelt es sich auch, dem Charakter einer Bauakademie gemäß, um interdisziplinär angelegte Arbeiten, die u.a. von soziologisch weitergebildeten Bauingenieuren betrieben wurden.

Die aus diesem Umfang entnehmbare Bedeutung, die dem Gebiet der Stadtsoziologie zugemessen wurde, schlug sich jedoch nicht in einer tradierfähigen Forschung nieder. Die gesichteten Arbeiten bedienten sich nahezu ausschließlich zweier Methoden: der Auswertung von Befragungen und der Interpretation von Sozialstatistiken, die zumeist von Verwaltungen (z.B. Leitstelle für Territorialplanung) oder dem Statistischen Jahrbuch der DDR bezogen wurden bzw. von Dokumenten sonstiger Art.⁵⁶ Avanciertere Methoden der quantitativen Analyse wurden nicht eingesetzt.⁵⁷ Wird überhaupt mehr als deskriptive Statistik oder die Wiedergabe von Befragungsergebnissen angestrebt, trifft man zumeist auf die Erstellung einfacher Korrelationstabellen.⁵⁸ Eine "das bürgerliche Methodeninstrumentarium geschickt adaptierende empirische Sozialforschung"⁵⁹ kann jedenfalls nicht festgestellt werden. Zumeist handelt es sich um Begleitforschung zu Wohnungsbauprojekten. Daneben existieren zahlreiche Arbeiten eher definitorisch-klassifikatorischen Charakters (Wesen der Stadt, des Raumes, des Wohnens etc.). Insgesamt stechen Fragestellungen hervor, die den Chancen auf Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land resp. verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelten, oder sich mit der "Lösung der Wohnungsfrage" in den achtziger Jahren befassen.

3. *Rechtssoziologie*: Rechtsbewußtseinsforschung, Effektivitätsanalysen (Rechtshydraulik), Scheidungsforschung, Jugendliche Anomie, Ursachen von Delinquenz. Bei den zugrundeliegenden Rechtsmaterien handelt es sich vor allem um das Familien-, sowie das Staats- und Strafrecht. Insgesamt dominiert die sog. Rechtstatsachenforschung, d.h. Untersuchungen über Rechtsfolgen, Rechtskenntnisse und Rechtsdurchsetzung. Soziologische Fragen zur Rechtsgenese und zu

⁵⁵ Angesiedelt im Wissenschaftsbereich Städtebau und zugeordnet dem Problemrat "Kulturbedürfnisse und Stadtgestaltung" des wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung der DDR.

⁵⁶ Vgl. Hunger (1982).

⁵⁷ Zum Befund, daß zwar insbesondere an der AdW quantitative Methoden elaboriert wurden, diese aber in der Empirischen Sozialforschung zumeist keine Anwendung fanden vgl. auch Friedrichs (1992): 417-420.

⁵⁸ Zur frühen Kritik bloßer Befragungen als "nicht in jedem Falle mit soziologischen Erhebungen gleichzusetzen" vgl. Berger, in: Bohring/Braunreuther (1965): 64.

⁵⁹ Balla (1991): 391.

Rechtsinhalten wurden nicht gestellt.⁶⁰ Eine Untersuchung über Richter blieb vereinzelt.⁶¹

4. Ein Beispiel für eine DDR-eigene Themenentwicklung bieten schließlich die Forschungen zur sog. *Lebensweise*. In Analogie zum Begriff der "Produktionsweise" gebildet und durch eine Marx-Stelle abgesichert, sollte der Terminus ein Forschungsgebiet in Absetzung von den in den sechziger Jahren in der BRD beginnenden Forschungen über "Lebensstandard", "Lebensqualität" oder "Lebensstil" bezeichnen.⁶² Eine eigenständige sozialistische Form der Gestaltung von Freizeit sollte damit beschrieben werden. Im Zuge der "Systemkonkurrenz" sollte, so scheint es, auch die andere Seite der Arbeit ausgeleuchtet und in bezug auf spezifisch sozialistische Qualitäten hin untersucht werden. An dem in der Folge des IX. Parteitages 1976 gegründeten ISS an der Akademie der Wissenschaften wurde dieses Gebiet gleichzeitig mit der Familiensoziologie verankert. Nachdem von 1965 bis 1975 nur sieben Qualifikationsarbeiten sich thematisch auf den Begriff "Lebensweise" bezogen haben, entstehen zwischen 1976 und 1981 und von 1982-1986 jeweils 25 Arbeiten, die sich in ihrem Titel entsprechend ausflaggen. Insbesondere Forschungen zur Familie, zum Wohnen, Konsumverhalten und Freizeitanalysen suchten im Begriff der Lebensweise einen auch interdisziplinär verwendbaren Integrationsbegriff. Zu dieser interdisziplinären Qualität gehört es auch, daß ein Großteil der an der Humboldt-Universität entstandenen Qualifikationsarbeiten, die das Konzept "Lebensweise" verwenden, historische Arbeiten sind. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine erneute, wengleich nicht immer strikt durchgehaltene Kopplung von Organisation und

⁶⁰ Erneut ein Hinweis auf die fehlende politische Soziologie. Für eine begrenzte Thematisierung von Rechtsgenese außerhalb der Soziologie vgl. Mollnau (1982).

⁶¹ Diese Vereinzeltung ist selbst kein singulärer Vorgang. Einmalbehandlung von Themen ist ein generelles Charakteristikum der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in der DDR. Prämien auf die abweichende Darstellung desselben, auf das Aufspüren von Gegenmodellen waren nicht institutionalisiert. Noch einmal sei hier die Vermutung geäußert, daß dies mit der latenten Konfliktfeindlichkeit der Forschung in der DDR zu tun gehabt haben könnte. Diese wiederum läßt sich aus der Stellung des Begriffs "Widerspruch" in der Erkenntnislogik des Marxismus begreifen. In dem Maße, in dem es sich bei Widersprüchen um Sachverhalte handelt, die sich auflösen *müssen*, in dem Maße provoziert auch jeder wissenschaftliche Widerspruch eine Entscheidung, deren Ausgang und Folgen ungewiß sind und von der nicht einmal sicher ist, ob sie überhaupt auf die wissenschaftliche Ebene beschränkt bleiben.

⁶² Dieser gesuchte Gegensatz ging aber nicht so weit, daß nicht eine Auseinandersetzung mit "Grundpositionen zur Lebensweise in der bürgerlichen Gesellschaftstheorie" möglich gewesen wäre. Vgl. Bleibaum (1984).

Thema zu beobachten, wenn die Erforschung der Lebensweise großer Gruppen (Klassen und Schichten) der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zugewiesen wurde, die "kleiner" Gruppen (Familien, Rentner, Studenten) dem ISS oder dem ZIJ.⁶³

3.4 Paradigmen, Konflikte

Eine Pluralität von Paradigmen existierte innerhalb der letzten Phase der Soziologie in der DDR nicht. Auf die Abwesenheit von Schulbildungen ist bereits hingewiesen worden. In publizierten wie unpublizierten Texten wird wenig Wert auf die Stilisierung abweichender Positionen gelegt. Formulierungen wie "anders dazu" oder "wenig einleuchtend" findet man in den ohnehin sehr abgezählten Fußnoten nicht. Gleichzeitig ist eine hohe Personalisierung der Bearbeitung von einzelnen Themenkomplexen festzustellen. Allerdings lassen sich einige wenige kontrovers geführte Diskussionen ausmachen. Am bekanntesten geworden ist die um die theoretischen Arbeiten von Manfred Löttsch (Akademie für Gesellschaftswissenschaften) zur Sozialstrukturanalyse. Ihren Ausgang nahmen sie von der Vorgabe, die Soziologie habe sich vor allem um die Untersuchung der Angleichung - die genaue Kontingenzformel lautete "Entwicklung und Annäherung" - gesellschaftlicher "Klassen und Schichten" zu bemühen, wie sie sich als Prognose aus der marxistischen Dogmatik ergab.

3.5 Verhältnis zum "bürgerlichen" Pendant

Die Soziologie in der DDR teilte mit den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen eine durchweg polemische Beziehung auf ihr "bürgerliches" Pendant. Anders aber als im Fall des Rechts, der Ökonomie oder der Philosophie, haftete der Soziologie zunächst das Stigma an, überhaupt und in ihrem disziplinären Kern bürgerlichen Charakters zu sein. Die Auseinandersetzung mit der "westlichen" Soziologie wurde daher zumeist auf der Ebene der allgemeinen Theorie und d.h. vor allem auf der Ebene der Erkenntnisprämissen des historischen Materialismus gesucht. Die bemerkenswertesten und variantenreichsten

⁶³ Diesen Hinweis entnehme ich einem noch unpublizierten Vortrag von J. Gysi. Die Zusammenstellung von Dissertationen (A und B) bestätigt ihn weitgehend. Die Attribute "groß" und "klein" sind dabei wohl nicht streng quantitativ zu verstehen: die Gruppe der "Intelligenz" dürfte auch in der DDR zahlenmäßig kleiner gewesen sein als die Gruppe der Männer oder Rentner.

Darstellungen westlicher Theoriepositionen finden sich entsprechend im Bereich der Philosophie⁶⁴ und weniger dem der Soziologie. Nur in wenigen Fällen erfolgt die Auseinandersetzung im Bereich von Teildisziplinen oder gar anhand einzelner Begriffe, wie etwa dem der "Rolle". Das lag - um einer öfter geäußerten Vormeinung zu begegnen - nicht etwa daran, daß die westliche Soziologie in der DDR nicht präsent weil nicht "greifbar" gewesen wäre. Der Kenntnisstand war nicht unbeträchtlich. Durch die bereits skizzierte Verengung soziologischer Problemstellungen auf (a) "social problems", (b) solche innerhalb der Staatsgrenzen der DDR und (c) solche, die im Rahmen politischer Vorgaben kommunizierbar waren, fiel aber die Möglichkeit aus, gegenüber allen Feldern westlicher Soziologie eine Gegenposition aufzubauen. Das wäre wohl nur Philosophie, Soziologie und Psychologie gemeinsam möglich gewesen. Obwohl es also an einzelnen Instituten durchaus Abteilungen für Imperialismusforschung oder Auseinandersetzung mit bürgerlicher Theoriebildung gab, blieb diese Auseinandersetzung doch verhalten und bildete keinen eigentlichen Schwerpunkt soziologischer Forschung.

Dem bis an diese Stelle vorgedrungenen Leser wird man im Zusammenhang der Außenbezüge soziologischer Forschung in der DDR noch eine weitere Beobachtung zumuten dürfen. Blickt man für einen Moment auf die Arbeitssoziologie einerseits, die Stadtsoziologie andererseits, so läßt sich als weitere Folge der Abtrennung von "Feindaufklärung" und sonstiger Forschung festhalten, daß in der Arbeitssoziologie eine soziologische Auseinandersetzung mit westlichen, insbesondere amerikanischen und bundesdeutschen Entwicklungen stets nur im Rahmen der "Systemfrage" geführt werden konnte. An der Unterscheidung zwischen formellen und informellen Gruppen z.B. wird vor allem festgestellt, daß sie nicht geeignet sei, die Partei- und Gewerkschaftsgruppen im sozialistischen Arbeitskollektiv zu erfassen.⁶⁵ *Theoretische Begriffe und empirische Sachverhalte, die nicht vom Unterschied der Eigentumsordnungen erfaßt werden, wurden nicht für möglich gehalten.* An der Stadtsoziologie in der DDR fällt hingegen auf, daß auch andere Rezeptionschancen als die bürgerlicher Soziologie nicht genutzt wurden. Ist doch, wie bereits erwähnt, die "westliche" Stadtsoziologie eine stets auch stark marxistisch geprägte Teildisziplin gewesen, und hat doch die Forschung in der DDR von hier durchaus denkbaren Anschlußmöglichkeiten kaum oder erst sehr spät und vereinzelt Gebrauch gemacht. Im Grunde dominierte also auch die politische Unterscheidung Ost/West die ideologische marxistisch/nicht-marxistisch - jedenfalls im Bereich der Soziologie.

⁶⁴ Mocek (1980); Bergner/Mocek (1986).

⁶⁵ Stollberg (1988): 153.

In den letzten Jahren der DDR war dann die "innere Kündigung" einiger Nachwuchssoziologen gegenüber der älteren Generation mit der intensiv erweiterten Rezeption westlicher Soziologie verbunden. Die Zahl der unpolemischen Rezensionen nimmt zu. Und auch hier zeigt sich die Soziologie in der DDR als stark generationell bestimmte Disziplin. Es dürfte kein Zufall sein, daß die zwischen 1987 und 1989 erfolgenden Promotionen und Habilitationen einiger unterdessen auf Lehrstühle gelangter jüngerer Sozialwissenschaftler aus der DDR Gegenstände wie die Wissenssoziologie (Mannheim, Elias), den Funktionalismus (Durkheim, Parsons), die Theorie des kommunikativen Handelns oder die Systemtheorie zum Thema hatten. Eine Erneuerung der Soziologie der DDR aus den Bordmitteln ihrer Gründungsphase wurde zu diesem Zeitpunkt und von dieser Generation nicht mehr erwartet.

4 Kontexte

4.1 Steuerung I: Themenvorgaben, Tabus

Das Thema "Steuerung" berührt den Kernbereich einer jeden Untersuchung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in der DDR. Als politisch gesteuerte Gesellschaft wird die DDR in den meisten Darstellungen geschildert, als politisch gesteuerte Gesellschaft verstand sie sich, mit anderen Wertakzenten, auch selbst. Hervorgehobenes Element der Wissenschaftspolitik der DDR waren dabei die sog. "Zentralen Forschungspläne". Sie wurden im Politbüro des ZK erörtert und verabschiedet. Es handelt sich dabei um fünfjährige Themenvorgaben, auf deren Grundlage von den betroffenen Instituten Einzelausarbeitungen in Gestalt von Jahresarbeitsplänen vorgenommen wurden. Soziologische Forschung erhielt damit, zumindest nach außen, einen durchgehenden Projektcharakter. Der Zentrale Forschungsplan der Jahre 1981-85 etwa enthielt 658 Aufgaben (1976-1980: 400), wovon 112 ganz, 31 teilweise auf die Gesellschaftswissenschaften entfielen. Jede Aufgabe war mit Angabe über die durchführenden Kräfte, die zuständigen Betreuer und den erwarteten Zeitrahmen versehen. Der Projektcharakter der Forschungen resultierte aber nicht aus dieser festen Terminierung, sondern auch aus der Tatsache, daß die Leitlinien der Forschungspläne selbst von Parteitagsbeschlüssen abhängig waren und sich die Soziologie entsprechend von der Rhythmik dieser Beschlüsse in Abhängigkeit wußte. "Zäsuren im Prozeß der "kollektiven Wahrheitsfindung" waren in der Regel auch Zäsuren der wissenschaftlichen Problemgenerierung".⁶⁶ Die allmähliche Verlagerung von Themen der "wissenschaft-

⁶⁶ Ettrich (1992): 460.

lich-technischen Revolution", der "sozialistischen Menschengemeinschaft" und der Gesellschaftsteuerung zunächst zu solchen der Sozialpolitik, dann - unter den Formeln "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" und "intensiv erweiterte Reproduktion" - zu solchen der stärkeren Nutzung sozialer Ressourcen, läßt eine solche "Themensteuerung" erkennen, die keiner unmittelbaren Direktive, sondern nur der Einführung eines neuen "semantischen Horizontes" bedurfte. Nach Einführung dieser Formeln läßt sich etwa eine Verstärkung von Forschungen zu Motivationsproblemen, Leistungsanreizen in der Industrie, zur Funktion von auch im Sozialismus bestehenden Ungleichheiten zwischen den "Klassen und Schichten" oder eine verstärkte Begleitforschung zu den aufgelegten Wohnungsbauprogrammen beobachten. So befaßt sich von 50 Dissertationen und Habilitationen mit in engerem Sinne stadt- und regionalsoziologischer Themenstellung ungefähr ein Drittel unmittelbar mit Fragen des Wohnens oder der "Lösung der Wohnungsfrage". Daneben finden sich Themen zur Migration, zur Stadtplanung oder zur städtischen Kultur, aber keine Arbeiten zu Verkehrsfragen, Industrieansiedlungen, stadtökologischen Problemen oder makrosoziologischen Problemen der Stadtanalyse. Nimmt man hinzu, daß die soziologische Forschung ihrem Selbstverständnis nach vom Historischen Materialismus die Begriffe und aus dem Bereich der sozialen Probleme ihre Gegenstände bezog, so zeigt sich, daß die Ausgangspunkte der eigenen Forschungsdynamik in allen drei Fällen nicht soziologischer Art waren.

Neben dieser Steuerung durch die Vorgabe eines Themen- und Aufgabenhorizonts sowie durch die Sinn Grenzen des politischen Vokabulars existierte auch eine Tabuzone für soziologische Forschung. Die kurze Skizze der Aufgaben des ZIJ hat bereits darauf hingewiesen, daß besonders empirische Untersuchungen im Bereich von brisant eingeschätzten Datenmengen mit Durchführungs- oder zumindest Publikationsschwierigkeiten zu rechnen hatten. Forschungen über Politik und Verwaltung fanden nicht statt⁶⁷, aber auch Untersuchungen im Bereich der Wirtschaft waren auf Arbeiter und mittlere Angestellte beschränkt und konnten höhere Leitungsebenen, etwa im Sinne einer empirischen Managementforschung organisationssoziologischen Zuschnitts nicht einbeziehen.

4.2 Der Wissenschaftliche Rat

Dem "Wissenschaftlichen Rat" oblag die Festlegung der Forschungsschwerpunkte im Rhythmus der Fünfjahrpläne, die Diskussion und Bewertung vorge-

⁶⁷ Die weiter unten erwähnten Arbeiten im Bereich der Rechtssoziologie streifen diese Thematik. Es ist insofern vielleicht kein Zufall, daß sie fast ausschließlich von Juristen und nicht von Soziologen durchgeführt wurden.

legter Ergebnisse, die Übersicht über die "Hauptforschungsrichtungen" und die Vermittlung zwischen soziologischer Forschung und Wissenschaftspolitik.⁶⁸ In den 1968 vom Sekretariat des ZK der SED verabschiedeten "Grundsätzen für die Tätigkeit der Wissenschaftlichen Räte der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der DDR" wurde deren Aufgabenfelder so umschrieben: "Förderung des wissenschaftlichen Meinungsstreits" und der Interdisziplinarität; "Beratung der Forschungskonzeptionen"⁶⁹; Anleitung der Forschungsträger bei der thematischen Forschungsplanung; Unterstützung bei internationaler Forschungskooperation. Der vom Politbüro des ZK der SED bestätigte Zentrale Forschungsplan der DDR von 1986 bis 1990 sah für die Soziologie als "Hauptforschungsrichtung" vor: "Dynamik der Sozialstruktur der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; Fragen der Sozialpolitik, der sozialistischen Lebensweise und der demographischen Entwicklung".⁷⁰

Neben dem Wissenschaftlichen Rat existierten die von ihm zu koordinierenden soziologischen "Problemräte", an denen sich eine weitere Fassung der vorgestellten Binnenstruktur der Disziplin in der DDR ablesen läßt (vgl. oben zu Binnendifferenzierung). Entsprechend einer größeren Nähe der Problemräte zu den Universitäten und dem Gedanken der angewandten Forschung waren sie mit Mitgliedern der Fachgemeinschaft sowie Fachleuten aus der "Praxis" besetzt. Zuletzt existierten Problemräte für:

a) Sozialstruktur in der sozialistischen Gesellschaft; b) Sozialistische Persönlichkeitsentwicklung; c) Sozialpolitik und Demographie; d) Kulturpolitik und Stadtgestaltung; e) Lebensweise und Territorien; f) Klasse der Genossenschaftsbauern; g) Kultursoziologie; h) Methodologie; i) Analyse und Kritik der nichtmarxistischen Soziologie.⁷¹

⁶⁸ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß den Gesellschaftswissenschaften über die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK als politische Adresse die Partei zugeordnet war, den Naturwissenschaften aber der Forschungsrat beim Forschungsministerium.

⁶⁹ Marquardt (1985): 63.

⁷⁰ Zentraler Forschungsplan (1986): 685.

⁷¹ Vgl. Marquardt (1985): 64f. für die Situation 1986: a) Soziologische Probleme der Sozialstruktur der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, b) Herausbildung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse in Industriebetrieben und städtischen Wohngebieten (Kulturbedürfnisse und Stadtgestaltung), c) Soziologische Probleme der sozialistischen Lebensweise in der Stadt und Gemeinde (sozialistische Lebensweise und Territorium), d) Soziologische Probleme der Entwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern (und der sozialistischen Lebensweise auf dem Dorf), e) Methodik der soziologischen Forschung, f) Analyse und Kritik der nicht marxistischen Soziologie.

Auch diese Aufteilung von Forschungsgebieten bzw. -problemen unterstreicht, daß die Organisationsstruktur der Soziologie in der DDR und die inhaltlichen Ausprägungen des Faches nur in sehr vermitteltem Zusammenhang standen. Ein Problemrat für das langjährige Haupttätigkeitsfeld der DDR-Soziologie, die Industrie- und Arbeitssoziologie, hat nicht existiert. Auch andere Bereiche, in denen temporäre Forschungsschwerpunkte lagen, wie die Gesundheitssoziologie oder die Wissenschaftsforschung wurden in diese Räte nicht einbezogen, wohingegen etwa das doppelte Auftreten von "Kultursoziologie" resp. "-politik" die Bedeutung dieses Teilbereichs - verglichen z.B. mit der Zahl der wissenschaftlichen Arbeiten - zu groß erscheinen läßt. Insgesamt scheint sich im Ensemble der Problemräte eher die wissenschaftspolitische Reputation der beiden Akademien und ihrer Themenschwerpunkte niederzuschlagen als die tatsächliche Verteilung von Forschungsaufgaben.

Den Problemräten kam, offizieller Version zufolge, die Kleinarbeitung der Themenstellung des Zentralplanes zu. Vielfach wird von Beteiligten jedoch der "top down"-Perspektive des wissenschaftspolitischen Organigramms die Darstellung entgegengesetzt, daß Forschungsthemen "von unten nach oben" wanderten und der Forschungsplan nur Kodifikationsfunktionen besaß. Diese Vorstellung setzt jedoch voraus, von einer eigenständigen, "von unten" angetriebenen Themendynamik soziologischer Forschung in der DDR auszugehen - eine Vorstellung, deren Realitätshaltigkeit nach dem bislang Gesagten in Frage steht.

4.3 Steuerung II: Personal, Publikationen

Da sich die Soziologie der DDR zu weiten Teilen als Disziplin zur Erhebung und Aufbereitung von Sozialdaten verstand, ist ein zentraler wissenschaftspolitischer Steuerungsmechanismus in den Verfahren zur Genehmigung solcher Erhebungen zu erkennen. Anhand der Bevölkerungsbefragung zum Kinderwunsch von 1982 hat Gunnar Winkler ein solches Genehmigungsverfahren nachgezeichnet.⁷² Danach ergibt sich beim Entwurf und bei der Verabschiedung des betreffenden Fragebogens ein langandauernder, in 20 Schritten erfolgender Abstimmungsprozeß zwischen dem durchführenden Forschungsinstitut und 10 staatlichen Stellen (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Büro des Ministerrats, Bezirksräte des Untersuchungsbereichs, ZK-Abteilungen für Frauen, Sozialpolitik und Wirtschaft/Statistik, Präsident der AdW, ZK Abteilung Volkswirtschaft, Politbüro, Ministerrat).

⁷² Winkler (1992): 291.

Eine weitere zentrale "Institution" wissenschaftlicher Forschung, disziplinspezifische Zeitschriften, existierten für Soziologie in der DDR nicht. Das vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW seit 1980 herausgegebene "Jahrbuch", die Schriftenreihen desselben Instituts (unterschieden in eine Reihe "Beiträge aus der Forschung", seit 1983, und eine "Symposien und Kolloquien", seit 1987) sowie die Heftreihe "Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR", die von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED herausgegeben wurde, stellten die maßgeblichen Periodika dar. Daneben sind als Quellen die "Deutsche Zeitschrift für Philosophie", die Organe "Wirtschaftswissenschaft", "Arbeit und Arbeitsrecht" und "Sozialistische Arbeitswissenschaft" einzeln zu berücksichtigen. Der Dietz-Verlag, Berlin führte eine eigene Schriftenreihe "Soziologie", in der zahlreiche der autoritativen Gesamtdarstellungen von Teilbereichen der Disziplin erschienen. Den Autorenkreis dieser Reihe dominierten Mitglieder des Wissenschaftlichen Rats bzw. des Instituts für Soziologie an der AGW. Angesichts dieser engen Möglichkeiten zur Publikation, wird man das Gutachter- und Lektoratswesen mit zu den Mechanismen der Forschungssteuerung rechnen müssen. Einmal abgelehnte oder im Druck behinderte Manuskripte⁷³ hatten danach keine weiteren Publikationschancen, d.h., die typischen Ausweichmechanismen und Segmentationen der Publikationslandschaft westlichen Typs konnten in der DDR nicht zum Tragen kommen.

Die Steuerung von Personal läßt sich jenseits der üblichen Mechanismen der Kaderplanung mit dem bereits erwähnten Effekt einer Abkopplung von Publizität und Karriere, vor allem an den Fällen drastischer Durchgriffe von oben festmachen. Dabei herrschte Formenvielfalt: Versetzung nach unten (Kallabis), zur Seite (von der Universität an die AdW, d.h. aus dem Einflußbereich auf Studenten heraus; oder an andere Institute innerhalb der Akademie: Steiner), nach "oben" (d.h. in die Reichweite der Hierarchie, z.B. Löttsch an die AGW), aus der Wissenschaft hinaus oder in Haft (Bahro). Wenn man sich an dieser Stelle überhaupt eine Einschätzung der Effekte einer "Steuerung" von außen erlauben will, so könnte sie in dem Eindruck bestehen, daß weniger im konkreten Befehl als in der *stets gegebenen* Möglichkeit eines Konflikts mit ungenügenden Rechtsgrundlagen auf seiten der Beschuldigten die Drohpotentiale der Politik (Partei) gegenüber der Wissenschaft bestanden. Die Steuerungseffekte wären dann weniger in "normkonformem Verhalten" zu suchen - es dürfte in jedem Fall schwierig gewesen sein, stets genau zu bestimmen, worin solches bestand - als vielmehr im Versuch, nicht aufzufallen. Die erhebliche Redundanz der soziologischen For-

⁷³ Bekannt geworden z.B. Löttsch/Meyer (1969)

schungsergebnisse in der DDR könnte, so gesehen, auch als Ausdruck einer Sicherheitsstrategie durch Imitation des bereits Abgesegneten zu lesen sein.

5 Resümee

Die vorstehenden Ausführungen haben versucht, Hinweise auf wissenssoziologisch relevante Merkmale der Soziologie in der DDR zu geben. Als Resümee dieses Versuches können die einleitenden Vorüberlegungen an dieser Stelle noch einmal gelesen und mit den Illustrationen des Haupttextes auf ihre Stichhaltigkeit hin verglichen werden. Zur Frage einer Bilanzierung von Gewinnen und Verlusten in puncto Soziologie durch die Wiedervereinigung sollen hier nur noch zwei Bemerkungen gemacht werden. Sie folgen den Möglichkeitsbedingungen einer solchen Bilanzierung, die (a) eine Bestandsaufnahme und (b) ein Vergleichskriterium voraussetzt.

(a) Was die Bestandsaufnahme betrifft, so ist die Komplettabwicklung der soziologischen Forschungsstrukturen in der DDR zu beobachten. Einzig in Gestalt der in das WIP überführten Projekte, einzelner von der KSPW geförderter Forschungen und der zahlreich gegründeten, zahlenmäßig gegenwärtig aber stark schrumpfenden privaten Forschungsvereine und -gesellschaften dürften sich überhaupt "Forschungsweisen" der Soziologie in der DDR erhalten haben. Die gegenwärtige Situation der soziologischen Forschung an den Universitäten der neuen Bundesländer dagegen stellt sich wie folgt dar. Das Lehrpersonal wurde auf allen Ebenen (Professoren, Dozenten, Mittelbau) erheblich aufgestockt. Zu Stellenbesetzungen mit in der DDR promovierten und habilitierten Forschern ist es in einigen Fällen gekommen. In zwei Fällen handelt es sich dabei um sog. Professuren "alten Rechts". Insgesamt sind 11 der 53 Professoren im Bereich der neuen Bundesländer in der DDR promoviert oder habilitiert worden, was in bezug auf die 1989 deutlich größere Zahl an habilitierten Soziologen in der DDR als wenig, in bezug auf die Größenverhältnisse beider Fachgemeinschaften als viel erscheinen kann.

Von einer "Soziologie in den neuen Bundesländern" kann im Vergleich zur "Soziologie in der DDR" schwerlich gesprochen werden. Prüft man auf Themenschwerpunkte, Studienordnungen, Drittmittelprojekte oder Lehrangebote, so läßt sich keine besondere Identität der an den Universitäten in den neuen Bundesländern angesiedelten Soziologen ausmachen. Zwar hat sich in der Zeit der Restrukturierung soziologischer Fachbereiche ein "4-Lehrstühle-Modell" als Minimalvorstellung ergeben. Mindestens ein Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Makrosoziologie, Mikrosoziologie und Methoden sollte jeweils etabliert

werden. Eine Verbindung dieser Bezeichnungen mit spezifischen Themen oder teildisziplinären Gewichtungen ist aber nicht erkennbar. Das entspricht der bereits angedeuteten Beschreibung, daß das Wissenschaftssystem und seine Binnenstrukturen (Disziplinen, Teildisziplinen, Forschungsgebiete) nicht entlang nationalstaatlicher Grenzen zu erfassen sind. Bezeichnungen wie "bundesdeutsche Soziologie" meinen daher stets eher institutionelle Strukturen als kognitive.

(b) Ein Vergleichskriterium zur Einschätzung der mit der Wiedervereinigung einhergehenden Verluste an sozialwissenschaftlicher Forschung steht nicht zur Verfügung. Die Schubladen waren leer. Ein Wiederabdruck publizierter oder eine Veröffentlichung innerhalb der DDR nicht publikationsfähiger soziologischer Studien ist bislang außer zu Dokumentationszwecken nicht erfolgt. Eine Bilanzierung von Verlusten würde vermutlich solche Texte voraussetzen. Damit sei nicht ihre - allerdings immer unwahrscheinlicher werdende - Möglichkeit ausgeschlossen, sondern die Schwierigkeit eines Vergleichs ausgedrückt, die sich hier stellt. Die Soziologie in der DDR, so scheint es, wird eher in Archiven zur Geschichte des Sozialismus und seines Wissenschaftsverständnisses überliefert werden als im Rückgriff gegenwärtiger Forschung auf ihre Aussagen. Wann immer eine Bilanz der Gewinne und Verluste des Vereinigungsvorgangs in puncto Soziologie gezogen werden soll, wird sie sich jedenfalls an der Überlieferung orientieren müssen, die Texte aus der DDR innerhalb der Soziologie selbst erfahren. Sofern ein solcher Text in mehr als dokumentierender Absicht zitiert werden sollte, wird ihm Erkenntnisrelevanz bescheinigt. Texte werden im strikten Sinne nie zu "Unberührbaren" und bleiben an sich stets "Zitierbare". Ob und wie sie es für andere werden, steht dahin. Bisher gibt es wenig Anzeichen dafür, daß die Soziologie in der DDR besonders rezeptionsfähig gewesen ist. Nicht zuletzt entstanden ihre Arbeiten selbst ohne Rücksicht auf ihre außersozialistische Verwendungsfähigkeit - was sie jetzt erfahren, stößt ihnen insofern nicht nur von außen zu. Daß die Soziologie sich, was ihre Erkenntnisgewinne angeht, auf diese Weise selbst bilanziert und sich hierin von anderen Disziplinen nicht unterscheidet, mag von Bilanzprojekten her betrachtet als mißlich und eingriffsbedürftig erscheinen, dokumentiert aber doch nur ein kaum anders denkbare Merkmal der Soziologie nach dem Sozialismus.

Literatur

- Bachelard, Gaston (1984): Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes, Frankfurt/M.
Balla, Bálint (1991): Die letzten fünf Jahre der DDR-Soziologie im Spiegelbild ihrer Buchveröffentlichungen. In: Soziologische Revue 14, S. 389-410

- Berger & Winkler (1989): Zur Entwicklung der Beziehungen von Soziologie und Sozialpolitik in der DDR. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin, S. 1-20
- Berger, Horst & Herbert F. Wolf (Hg.) (1989): Handbuch der soziologischen Forschung: Methodologie, Methoden, Techniken, Berlin
- Berger, Horst (1965): in: Bohring, Günther & Kurt Braunreuther (1965), Soziologie und Praxis. Beiträge zur Entwicklung der marxistischen Soziologie, Berlin, S. 60-68
- Bergner, D. & R. Mocek (1986): Gesellschaftstheorien. Philosophie und Lebensanspruch im Weltbild gesellschaftstheoretischen Denkens der Neuzeit, Berlin
- Bleibaum, Brigitte (1984): Probleme der Lebensweise in der ideologischen Klasseneinmischung, Berlin, Diss. A, AGW
- Dilcher, Gerhard (1994): Politische Ideologie und Rechtslehre, Rechtspolitik und Rechtswissenschaft. In: Kaelble, Hartmut et al. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, S. 469-482
- Edeling, Thomas (1992): Organisationssoziologische Ansätze in der Industriosociologie der DDR. In: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3/4, S. 323-332
- Engel, Gerhard (1981): Die Entwicklung des gesellschaftswissenschaftlichen Nachwuchses - verantwortungsvolle Aufgabe des Hochschulwesens und aller Forschungsinstitute. In: Die Gesellschaftswissenschaften vor neuen Aufgaben, Berlin, S. 86-92
- Engels, Friedrich (1972): Anteil der Arbeit an der Menschwerdung der Affen. In: MEW Bd. 20, Berlin, S. 444-455
- Ettrich, Frank (1992): Soziologie in der DDR - Hilfswissenschaft zwischen ideologischer Delegitimierung und partieller Professionalisierung. In: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3/4, S. 447-472
- Friedrichs, Jürgen (1992): Korreferat zu Siegfried Grundmann: Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern, Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3/4, S. 417-420
- Gauchet, Marcel (1977): L'expérience totalitaire et la pensée de la politique. In: Esprit, Nr. 7/8, deutsch in: Rödel, Ulrich (Hg.) (1990), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/M., S. 207-238
- Glesermann, G.I. (1960): Zum Gegenstand des historischen Materialismus. In: Sowjetwissenschaft, Berlin, S. 727-746
- Gofman, I.I. (1960): DZPh 8, S. 327-338
- Grundmann, Siegfried (1981): Das Territorium - Gegenstand soziologischer Forschung, Berlin
- Hahn, Erich (1974): Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, Köln
- Henning, I. (1984): Aufgaben und Probleme beim effektiven Einsatz von Soziologen im Betrieb. In: ISF 3, S. 12-16
- Hunger, Bernd (1982): Soziologische Untersuchungen als Bestandteil der städtebaulichen Planung der Umgestaltung von Altbahngebieten, Weimar, Diss. A, Hochschule für Architektur und Bauwesen

- Jansen, Daniel (1992): *Die Soziologie in der DDR als Generationenphänomen: Ansätze und Hemmnisse einer immanenten Reform*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Nr. 3/4, S. 479-500
- Kallabis, H. (1964): *Zu Gegenstand und Verhältnis von Philosophie, Soziologie und wissenschaftlichem Kommunismus*. In: *DZPh* 12, S. 428-439
- Kolbanowski, W.W. (1960): *DZPh* 8, S. 108-115
- Kuczynski, Jürgen (1971): *Soziologische Gesetze*. In: Kiss, Gabor (1971): *Marxismus als Soziologie*, Reinbek, S. 114ff.
- Lauterbach, Günter (1976): *Forschungsorganisation in der DDR*, Erlangen
- Lepenius, Wolf (1988): *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*, Reinbek
- Lötsch, Manfred & Hansgünter Meyer (1969): *Struktur, Information und Verhalten als soziologische Probleme der Organisationsanalyse*, Berlin, Habil. Schrift
- Ludz, Peter Christian (1977): *Ideologiebegriff und marxistische Theorie. Ansätze zu einer immanenten Kritik*, Opladen (zweite Auflage)
- Luhmann, Niklas (1992): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Marquardt (1985): *Soziologie und Politik an der AdW der DDR. Fallstudie zur Entscheidungsvorbereitung der Politik der DDR*, Erlangen
- Masuch, Michael (1981): *Kritik der Planung: Naturwüchsigkeit und Planung im realen Sozialismus*, Darmstadt
- Mayntz, Renate (1956): *Rez. von Max Gustav Lange, Wissenschaft im totalitären Staat: Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum "Stalinismus"*, Stuttgart/Düsseldorf 1955. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 8, S. 516-519
- Messelken, Karlheinz (1965): *Zur Rolle von Semiotik und Kybernetik in der marxistischen Philosophie: Eine wissenssoziologische Fallstudie*. In: *Soziale Welt*, Nr. 16, S. 289-308
- Meuschel, Sigrid (1992): *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M.
- Meyer, Hansgünter (1995): *Soziologie und soziologische Forschung in der DDR*. In: Schäfers, Bernhard (Hg.), *Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder, Theoretische Kontroversen*, Opladen, S. 35-49
- Meyer, Hansgünter. (1965): *Zum Gegenstand der marxistischen Soziologie und zum Verhältnis von Soziologie und Philosophie*. In: *DZPh* 13, S. 739-752
- Mocek, R. (1980): *Gedanken über die Wissenschaft. Die Wissenschaft als Gegenstand der Philosophie*, Berlin
- Mollnau K.A. (Hg.) (1982): *Probleme einer Rechtsbildungstheorie*, Berlin
- Parsons, Talcott (1959): *Some Problems Confronting Sociology as a Profession*. In: *American Sociological Review* 24, S. 547-559
- Pollack, Detlev (1990): *Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*. In: *Zeitschrift für Soziologie* 19, Nr. 4, S. 292-307
- Pollack, Detlev (1994): *Kirche in der Organisationsgesellschaft: Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart, Berlin, Köln

- Schelsky, Helmut (1957): Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf
- Simon, Dagmar & Vera Sparschuh (1992): Der Nachlaß der DDR-Soziologie - bloßes Archivmaterial oder soziologisches Forschungsfeld? Berlin, WZB-Paper 92-001
- Stichweh, Rudolf (1994): Die Autopoiesis der Wissenschaft. In: Ders., Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen, Frankfurt/M., S. 52-83
- Stollberg, Rudhart (1983): Was ist Soziologie?, Berlin
- Stollberg, Rudhart (1988): Soziologie der Arbeit, Berlin
- Thaa, Winfried et al. (1992) Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus, Tübingen
- Unger, Frank (1988): Wissen Sie was ... machen wir folgendes. Strategische Maximen in mündlicher Alltagskommunikation, dargestellt am Beispiel der Sprechstundendialoge zwischen Angestellten und Mitgliedern der Arbeiterwohnungsgenossenschaften, Berlin, Diss. A, AdW
- Weidig, Rudi & Gunnar Winkler (1985): Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik - Er-rungenschaft und Triebkraft des Sozialismus. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, S. 29-32
- Weidig, Rudi & Gunnar Winkler (1982a): Soziologie und gesellschaftliche Praxis. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin
- Weidig, Rudi & Gunnar Winkler (1982b): Soziologie in der DDR: Theorie und Praxis-wirksamkeit. In: DZPh 27, S. 107-115
- Weidig, Rudi (1984): Zur Dialektik von ökonomischem und sozialem Fortschritt. In: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin
- Weidig, Rudi et al. (1988): Sozialstruktur der DDR, Berlin
- Winkler, Gunnar (1992): Möglichkeiten und Fragen sozialpolitischer Analysearbeit. Zur Entstehungsgeschichte des "Sozialreports". In: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3/4, S. 287-298
- Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986-1990 (1986). In: Einheit, S. 681-692